Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 zl, monatl. 4,80 zl. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 zl. Bei Postbezug vierteljährl. 16,16 zl, monatl. 5,39 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zl, Danzig 3 G., Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr, Dienstags- und Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die einspaltige Reklamezeile 125 gr, Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Goldpfennig, übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Postscheckkonten: Posen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 212. Bromberg, Freitag den 16. September 1932. 56. Jahrg.

Italien und der Donauraum.

Von Dr. Fritz Exner.

Die Donaufrage mußte im Augenblick des Zerfalls von Österreich-Ungarn akut werden. Bis 1918 hatte ja der Großteil des Donaugebiets, einheitlich organisiert, unter der Herrschaft der Habsburger gestanden. Jetzt, in mehrere gleichstarke oder richtiger gleichschwache Mittel- und Kleinstaaten zerfallen, forderte es die Großstaaten Europas zum Ziele der Neuorganisierung dieses „herrschaftsfreien" Raumes geradezu heraus. Und so geschah es auch: Das Donaugebiet ist seit 1918 in steigendem Maße eine Reibungsfläche im europäischen politischen Kräftespiel geworden.

Es sind vor allem zwei Großstaaten, die hier einen Teil ihres weltpolitischen Gegensatzes austragen: Italien und Frankreich. Frankreichs Donauinteressen, vor allem seine Donaumachtpolitik, sind ja im letzten Jahrzehnt — noch im Frühjahr im Tardieuplan eines Donaubundes — immer wieder klar an die Öffentlichkeit getreten. Die Fäden vom Quai d'Orsay zu den Hauptstädten der Kleinen Entente sind bekannt; wir haben es in den letzten Jahren schmerzlich erlebt, wie die goldenen Fesseln immer fester um Österreich gewunden wurden und wie selbst Ungarn von Paris aus eingefangen werden sollte. Und wir erkennen an all diesen Einzelhandlungen, daß hier ein Kraftfeld der französischen Nachkriegspolitik im Entstehen ist, diplomatisch gesichert und finanzpolitisch untermauert, das noch einmal von größter Bedeutung für Europa und vor allem auch für die deutsch-französischen Beziehungen werden kann.

Demgegenüber bemerken wir, daß sich eine zweite Großmacht immer stärker im Donauraum in den Vordergrund schiebt: Italien. Immer nachdrücklicher arbeitet das Italien Mussolinis sich vor, um auch hier die von ihm erstrebte Nachfolge des alten Rom anzutreten.

Als Mussolini 1922 zur Macht gelangt war, fand er sich außenpolitisch im Donauraum zwei Gruppierungen gegenüber: der vorwiegend unter französischem Einfluß stehenden Kleinen Entente, also den „Siegerstaaten" Rumänien, Südslawien und der Tschechoslowakei, denen die drei besiegten Staaten Österreich, Ungarn und Bulgarien gegenüber standen. Bis 1925 versuchte Mussolini zunächst, sich Einfluß in der Kleinen Entente zu sichern, indem er vor allem gegenüber dem Kernstaat dieses Gebildes, Südslawien, Versöhnungspolitik betrieb. Als diese aber durch die Nichtratifizierung der Netuno-Verträge, die Italien eine starke wirtschaftliche Stellung in Kroatien-Slawonien gesichert hätten, im Belgrader Parlament gescheitert war, entschloß sich die italienische Außenpolitik, mit neuen Mitteln ihre Ansprüche durchzusetzen.

Durch eine politische, wirtschaftliche und kulturelle intensive Annäherung an Ungarn wurde zunächst dieser Staat für die italienische Politik gewonnen. Ein weitgehender Freundschafts- und ein Wirtschaftsvertrag sicherten diese Beziehungen. Bald darauf gelang es auch, den zweiten der besiegten Staaten, Bulgarien, ins Fahrwasser der italienischen Politik zu ziehen, die im übrigen durch die italienische Freundschaft zu Griechenland und der Türkei auch im Ostmittelmeer stark gesichert ist. Schließlich wurde eine wirtschaftliche Wiederannäherung Ungarns und Österreichs von Italien eifrig betrieben und damit die Zusammenfassung der „italienischen Partei" im Donauraum zu einem gewissen Abschluß gebracht.

Darüber hinaus aber versuchte die italienische Außenpolitik auch weiterhin, die Kleine Entente von innen her zu zersetzen. Nach dem Scheitern der Versöhnungspolitik zu Südslawien suchte man, mit den beiden anderen Gliedern in engere Berührung zu kommen. Dabei zeigte sich bald, daß die Tschechoslowakei sowohl in Hinblick auf die westlich-demokratische Einstellung ihrer leitenden Staatsmänner als auch wegen ihrer raumpolitischen, nur sehr bedingt nach Süden gerichteten Belange für eine enge Zusammenarbeit mit Italien nicht in Betracht kam. Dagegen gelang es bald, Rumänien für ein gewisses gemeinsames Vorgehen zu gewinnen. Die Bestrebungen zu einem rumänisch-ungarischen Ausgleich unter Mitwirkung Italiens, wie sie sich in der Zusammenkunft König Karls und des ungarischen Staatsmannes Graf Bethlen in Temesvar andeutete, weiter die Anerkennung Beßarabiens als rumänisches Land durch Italien sind Etappen dieses Weges. Freilich würde auch heute Rumänien, nach wie vor an Frankreich vertraglich und finanziell gebunden, in einem italienisch-französischen Streit kaum mehr als die Neutralität wahren können. Aber schon damit wäre Wesentliches für Italien erreicht.

Denn was erstrebt Rom in diesem diplomatisch-politischen Spiel? Es darf für absehbare Zeit nicht hoffen, den Donauraum unter seiner Führung zu einigen, aber es kann erstreben, daß sich unter seinem Einfluß der Donauraum aus einem künftigen französisch-italienischen Konflikt neutral heraushält. Vor allem hat es heute bereits erreicht, daß die Entscheidung, unter wessen Führung die Donauländer endlich politisch und wirtschaftlich entwickelt werden, auf absehbare Zeit offen bleibt. Und es hat schließlich Ansatzpunkte gewonnen, von denen aus es später in die Entwicklung des Donauraums entscheidend eingreifen kann.

Und damit kommen wir zu der zweiten großen Linie der italienischen Donaupolitik, die diesmal im Wirtschaftspolitischen liegt. Seit 1926 etwa hat Italien mit steigendem Nachdruck seine Rohstoff- und Nahrungsmittelbasis von Übersee in die östlichen Mittelmeerländer gelegt, mit denen eine Landverbindung besteht. Es ist offensichtlich, daß damit für Italien der Donauraum und eine neutrale Staatenkette von Rumänien bis nach Österreich einerseits, Albanien andererseits Lebensbedeutung gewinnt. Im gleichen Maße aber wächst Italiens Bedeutung für die Donaustaaten.

Frankreichs Hegemonie-Trugbild.

Eindeutige Worte eines italienischen Generals.

In der Turiner Stampa wendet sich deren bekannter Mitarbeiter **General Marietti**, der an den Pariser Friedensverhandlungen teilnahm, in einem langen Aufsatz mahnend an Frankreich, indem er etwa folgendes ausführt:

Von den Klauseln des Versailler Vertrags sind, nachdem die finanziellen gefallen sind, nur noch die territorialen und militärischen geblieben. Diese sind gegenwärtig in ernster Gefahr, jene erwarten ihr Stündlein, das nicht mehr ferne ist. Von den militärischen Bestimmungen wurden nur die die Seerüstungen betreffenden wirklich durchgeführt. Zur Durchführung der Bestimmungen über die Landrüstungen wäre eine strenge Kontrolle, zu der der Artikel 213 das Recht gewährte, nötig gewesen. Diese hätte aber zu einem Zustand geführt, der vielleicht gefährlicher ist als der Krieg. Die Durchführung erwies sich als unmöglich, wie eine in Ungarn versuchte Probe zeigte. Das deutsche Heer besteht; die Waffen können durch die gewaltig entwickelte Industrie geschaffen werden.

Wenn Deutschland den Revanchekrieg wollte, so würde es nicht durch den Teil V des Versailler Vertrages von ihm abgehalten werden, sondern durch die Tatsache, daß der Krieg einer Großmacht den allgemeinen Krieg bedeutet und nicht nur mit Menschen und Material ausgefochten wird. In dem Augenblick, in dem Deutschland das Recht erhielte, bis zu einem gewissen Grad wieder aufzurüsten, würde sich nur eins ändern, nämlich die hegemoniale Stellung Frankreichs. Das ist der eigentliche Grund, weshalb Frankreich und seine Anhänger sich gegen den deutschen Antrag erklären.

Es würde sich auch die Lage auf der Abrüstungskonferenz verschieben. Aber dafür trügen diejenigen, die sie bisher sabotieren, die Verantwortung.

Wenn die Rechtsgleichheit keine Kriegsgefahr schafft, im Namen welcher Moral will man denn Deutschland antworten?

Der Versailler Vertrag behauptet, das deutsche Heer sei lediglich zur Verteidigung der Grenzen bestimmt. Aber wie könnten diese ohne geeignete Waffen verteidigt werden, da die Westgrenze ohne Garnison ist und die Ostgrenze nur veraltete Festungen besitzt? Die Franzosen berufen sich einfach auf das Recht des Siegers; das taten die Deutschen aber auch, als sie Elsaß-Lothringen Frankreich entrissen. Sie verlangen Sicherheit; aber wo bleibt die Sicherheit der andern, wie General von Schleicher mit Recht fragt. **Welches wäre die Stimmung der Franzosen, wenn sie sich in der militärischen Lage der Deutschen befänden?**

Die deutsche These ist so stark, weil sie sich auf die Moral stützen kann,

und nach den Erklärungen Nadolnys hätte Frankreich, wenn es klug gewesen wäre, aus eigener Initiative Verhandlungen mit Deutschland beginnen müssen; denn dann wäre es nicht in Überraschung und Entrüstung geraten über das, was jetzt vor sich geht. Frankreich steht heute vor einem Dilemma. Es kann entweder die Hand reichen zur Bildung einer Gemeinschaft der europäischen Staaten, die vor dem moralischen und dem internationalen Gesetz gleich sind; dann ist Frankreichs Zukunft gesichert; oder es kann weiter seinem Hegemonie-Trugbild nachgehen, das eben, weil es ein Trugbild ist, in Frankreich zu immer größeren Enttäuschungen und zu erschreckenden Katastrophen führen muß.

Reichspräsidium — Reichsregierung — Reichstag.

Briefstelle für Liebende.

Berlin, 15. September.

Der Konflikt zwischen Reichstag und Reichsregierung hat zu einem lebhaften Briefwechsel zwischen dem Reichstagspräsidenten Göring, dem Reichspräsidenten von Hindenburg und dem Reichskanzler von Papen geführt, auf dessen wesentliche Stellen wir bereits gestern hingewiesen haben. Bei der Wichtigkeit dieses Briefwechsels für das Verständnis und die Klärunig der innenpolitischen Krise im Reich lassen wir nachstehend die einzelnen Briefe im Wortlaut folgen:

Reichstagspräsident Göring

hat an den Reichspräsidenten einen Brief geschrieben, in dem er dagegen protestiert, daß die Reichsregierung ihr Erscheinen vor dem Überwachungsausschuß von Bedingungen abhängig mache. Er ersucht den Reichspräsidenten, wie das in der Entscheidung des Ausschusses geschieht, die Reichsregierung zur Ausführung ihrer verfassungsmäßigen Pflichten anzuhalten.

Der Brief Görings an den Reichspräsidenten enthielt

weder eine Anrede, noch eine Höflichkeitsformel am Schluß.

Dies ist, wie unterstrichen wird, das erste Mal, daß dem Reichspräsidenten ein solcher Brief zugegangen ist. Nur weil der Reichstagspräsident in dieser Form geschrieben hat, hat der Reichspräsident in gleicher Weise geantwortet.

In seinem Brief weist

Reichspräsident von Hindenburg

den Vorwurf des Verfassungsbruches durch die Reichsregierung

„mit Entschiedenheit" zurück.

Der Reichspräsident stellt weiter fest, daß die ganzen Komplikationen nicht entstanden wären, wenn Reichstagspräsident Göring dem Reichskanzler das Wort erteilt hätte. Sobald der Reichstagspräsident die durch die Auflösung geschaffene Rechtslage ausdrücklich anerkenne, werde nichts im Wege stehen, daß die Reichsregierung vor dem Überwachungsausschuß erscheine.

Görings zweiter Brief

Göring hat nun in einem zweiten Schreiben an Hindenburg den Schaden wieder gutzumachen versucht. Er hat erklärt, daß der erste Brief lediglich als Stellungnahme des Überwachungsausschusses aufzufassen gewesen wäre, während er in dem zweiten seinen persönlichen Standpunkt als Reichstagspräsident zum Ausdruck bringt. Dieser Brief beginnt mit den Worten:

„Hochzuverehrender Herr Reichspräsident Ew. Exzellenz!"

Dann teilt der Reichstagspräsident mit, daß der Reichstag seiner Ansicht nach zu Recht der Regierung das Mißtrauen ausgesprochen und die Aufhebung der Notverordnungen verlangt habe. Wörtlich heißt es weiter:

> **„Der Reichstag gibt seiner Erwartung hiermit Ausdruck, daß Sie, Herr Reichspräsident, entsprechend den Vorschriften der Reichsverfassung, die von der Abstimmung des Reichstages betroffene Notverordnung unverzüglich außer Kraft setzen werden. Die selbstverständliche Folge der Annahme des Mißtrauensvotums wird der Rücktritt der Regierung Papen sein, da eine Regierung, die zu 95 v. H. das deutsche Volk gegensich hat, weder weiter die Politik im Innern bestimmen, noch Deutschland in der jetzigen schwierigen Lage dem Ausland gegenüber vertreten kann."**

Göring gibt dann eine Schilderung des Sitzungsverlaufes und glaubt als feststehende Tatsachen anführen zu können:

1. **daß der Abstimmungsakt vor der Auflösung des Reichstages stattgefunden habe,**
2. **daß das Ergebnis dieser Abstimmung zu Recht bestehe,**
3. **daß nach der Reichsverfassung die betreffenden Notverordnungen außer Kraft zu setzen seien,**
4. **daß die Regierung Papen mit einer vernichtenden Mehrheit vom deutschen Volke durch seine erwählte Vertretung gestürzt werden sei.**

Göring vertritt weiter den Standpunkt, daß formal der Reichstag im Augenblick nach der Abstimmung aufgelöst woredn sei. Gegen die Begründung der Auflösungsorder legt er jedoch als Präsident der deutschen Volksvertretung Verwahrung ein. Tatsächlich sei der neue Reichstag genau wie sein Vorgänger aus dem gleichen Grunde aufgelöst worden, nämlich weil die Regierung Papen wiederum kein Vertrauen gefunden hätte. Die Aufhebung einer Notverordnung gehöre zu den verfassungsmäßigen Rechten des Reichstages.

„Ich darf Sie versichern, hochverehrter Herr Reichspräsident, daß das deutsche Volk sich zurzeit in einem Zustand namenloser Unruhe und Empörung befindet, weil dieses Volk empfindet, daß seine in der Verfassung niedergelegten Grundrechte in Gefahr sind. Das Volk kann und wird es nicht verstehen, daß es weiterhin regiert werden soll von einer Anzahl von Männern, der soeben durch den Reichstag bestätigt wurde, daß sie sich auf keinerlei Vertrauen des Volkes berufen könne. So wertvoll die Autorität Ew. Exzellenz sein mag, so darf nicht übersehen werden, daß das Vertrauen des Reichspräsidenten zur jeweiligen Regierung seine Ergänzung finden muß in dem Vertrauen des deutschen Volkes."

Er, der Reichstagspräsident, dürfe daher der berechtigten Hoffnung Ausdruck verleihen, daß der Reichspräsident der Regierung ebenfalls sein Vertrauen **entziehe.**

Mit der Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung habe ich die Ehre zu sein Ew. Exzellenz ergebenster

gez. Göring, Reichstagspräsident."

Immer neue Briefe.

Reichstagspräsident Göring hat am Dienstag nachmittag an Reichskanzler von Papen zwei Schreiben gerichtet. In dem ersten heißt es:

Den Vorwurf des Verfassungsbruchs, den Sie mir in Ihrem gestrigen Briefe gemacht haben, muß ich aufs schärfste zurückweisen. Ich stelle ausdrücklich fest, daß ich bereits die Abstimmung eröffnet hatte, als Sie sich zum Wort meldeten. Ich bin der Auffassung, daß während einer Abstimmung, die eine unteilbare Handlung bedeutet, überhaupt keine Worterteilung gegeben werden darf. Die Auflösung des Reichstages war daher nach meiner Auffassung erst nach der Abstimmung wirksam. Ich bitte Sie daher, den Vorwurf des Verfassungsbruches zurückzunehmen, da die Voraussetzungen für eine solche schwere Ehrenkränkung nicht gegeben sind.

Das zweite Schreiben lautet:

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Nachdem ich mich überzeugt habe, daß auch Minister, denen der Reichstag das Vertrauen entzogen hat, zur Gegenzeichnung eines Auflösungsdekrets berechtigt sind, habe ich meine Auffassung bereits gestern abend dahin korrigiert, daß der Reichstag formaljuristisch zu Recht aufgelöst ist und daher weitere Sitzungen oder Handlungen mit Ausnahme der in der Verfassung vorgesehenen Ausschüsse nicht stattfinden werden.

In vorzüglicher Hochachtung

gez. Göring."

Außerdem hat der Reichskanzler noch ein Schreiben an den Abg. Frick als den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses gerichtet. Darin wird die Einladung zur Sitzung des Auswärtigen Ausschusses bestätigt, sie sei unvereinbar mit der Mitteilung des Präsidenten Göring, daß die Regierung gestürzt sei. Solange der bisherige Reichstagspräsident diese Auffassung aufrechterhalte, könne der Kanzler nicht in den Auswärtigen Ausschuß kommen.

Der Vorsitzende des Überwachungsausschusses, Abg. Loebe, hat daraufhin sofort den Ausschuß für Mittwoch nachmittag zur Beratung über den Briefwechsel zwischen Hindenburg und Göring einberufen.

*

Göring stellt gegen den Kanzler Strafantrag

wegen des Vorwurfs des Verfassungsbruches.

München, 15. September. (Eigene Drahtmeldung.) Wie der „Völkische Beobachter" mitteilt, hat der Reichstagspräsident Göring den Rechtsanwalt Dr. Frank II beauftragt, **gegen den Reichskanzler von Papen Strafantrag zu stellen und Privatklage zu erheben wegen des in dem Briefe des Kanzlers an Göring erhobenen Vorwurfes, Göring habe sich des Verfassungsbruches schuldig gemacht, als er dem Reichskanzler das Wort nicht erteilen wollte.**

Wahlen — nur bei Ruhe und Ordnung.

Der deutsche Reichsinnenminister Freiherr von Gayl nahm im Auftrage des Reichskanzlers vor Pressevertretern das Wort. Er stellte fest, daß der Reichskanzler verhindert worden sei, die von ihm beabsichtigte umfangreiche Regierungserklärung vor dem Reichstag abzugeben. Er ist der Auffassung, der Reichstagspräsident hätte die Pflicht gehabt, dem Reichskanzler das Wort zu erteilen, da die Abstimmung noch nicht begonnen hatte. Reichskanzler und Reichsregierung bedauern außerordentlich, daß der Reichstag ihnen nicht die Gelegenheit gab, ihre Maßnahmen zu vertreten. Das von langer Hand vorbereitete, weitschauende Wirtschaftsprogramm plötzlich außer Kraft setzen zu lassen, wäre jedoch schlechthin unerträglich gewesen, und so habe die Reichsregierung von der ihr erteilten Ermächtigung zur Auflösung des Reichstages Gebrauch machen müssen. Der Staatsgerichtshof sei nicht zuständig, und ob Länder aktiv legitimiert seien, wäre mehr als zweifelhaft.

Erwägungen über den Termin der Neuwahlen blieben der Entwicklung der nächsten Tage vorbehalten. Die Reichsregierung habe durchaus die Absicht, die verfassungsmäßigen Vorschriften einzuhalten, und wenn eine Neuwahl ausgeschrieben werde, so werde sie nach den Vorschriften der Verfassung stattfinden. Der Minister machte jedoch die wichtige Einschränkung, daß Wahlen nur dann stattfinden können, wenn Ruhe und Ordnung in Deutschland herrschen, und wenn die Abhaltung von Wahlen überhaupt möglich sei. Im Augenblick sehe die Reichsregierung keinen Anlaß, außerordentliche Maßnahmen zu ergreifen, und sie hoffe, es würde kein Anlaß dazu eintreten.

*

Sozialdemokratisches Volksbegehren.

Die Sozialdemokratische Partei hat beim Reichsinnenministerium die Zulassung des folgenden Volksbegehrens beantragt:

Der zweite Teil „Sozialpolitische Maßnahmen" der Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft vom 4 September 1932 wird mit Wirkung vom 4. September 1932 außer Kraft gesetzt.

Aussprache mit Deutschland in Genf?

Paris, 13. September. Wie das „Journal" mitteilt, wird sich der Ministerpräsident Herriot in der nächsten Woche nach Genf begeben und dem Wiederbeginn der Arbeiten der Abrüstungskonferenz beiwohnen.

*

Der über Absichten der Französischen Regierung oft gut unterrichtete Neue Telegraphen-Dienst meldet hierzu aus Paris, obwohl die Nachricht in anderen Blättern keine Bestätigung finde, glaube er sagen zu können, daß sie richtig sei. Herriot werde tatsächlich nächste Woche nach Genf reisen. Man scheine in politischen Kreisen Frankreichs der Auffassung zu sein, daß sich gleichzeitig ein Vertreter der **Deutschen Regierung dort einfinden werde, so daß der Gedankenanstausch zwischen Deutschland und Frankreich,** der sich durch den Notenwechsel nicht bewerkstelligen ließ, mündlich in Genf fortgeführt werden könnte.

Die angeblichen englischen Pläne.

London, 15. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" meldet, die deutsche Gleichberechtigungsfrage werde während der Völkerbundtagung, jedoch außerhalb ihres Rahmens, besprochen werden. England wolle von der Erörterung dieser Frage auf dem Wege über die diplomatischen Kanäle Abstand nehmen. Es werde die hauptsächlichsten alliierten und assoziierten Mächte von seiner Kompromißformel unterrichten.

Der „Daily Expreß" erklärt, die Sitzung des Allgemeinen Bureaus der Abrüstungskonferenz werde sofort nach der Wiedereröffnung vertagt werden. Dieser Plan gehe von Macdonald aus.

Deutschland werde die Gleichberechtigung grundsätzlich zugestanden werden.

Gleichzeitig solle sich Deutschland verpflichten, nicht aufzurüsten, während die anderen Mächte in der Form eines Abkommens eine Erklärung abgeben sollten, daß sie in ihrer Abrüstung weitergehen wollen als bisher. Nach englischer Ansicht hänge viel davon ab, ob Deutschland sich in der Zwischenzeit herausfordernder Erklärungen enthalte, um die Versteifung der Haltung Frankreichs zu vermeiden. Die Sachverständigen hätten, so behauptet „Daily Expreß", Macdonald davon verständigt, daß die deutschen Ansprüche rechtlich nicht bestätigt werden könnten. Dies verhindere jedoch nicht eine politische Lösung im obigen Sinne.

Die polnische Delegation für Genf.

dk. **Warschau,** 13. September. Zu der Tagung des Völkerbundrates, die am 26. September beginnt, wird sich die polnische Delegation, wie stets, unter Führung des Außenministers Zaleski begeben. Der Delegation, die diesmal besonders stark sein wird, gehören u. a. an: der polnische Gesandte in Bern, Modzelewski, der Kabinettschef im Außenministerium, Szumlakowski, der Pariser Botschaftsrat Mühlstein, sowie mehrere höhere Beamte des Außenministeriums und der polnischen Vertretung beim Völkerbund. Außerdem ist der polnischen Delegation die polnische Senatorin Hubicka als Sachverständige für soziale Fragen beigegeben worden.

Reichskuratorium für Jugendertüchtigung

Ein Erlaß des Reichspräsidenten.

Berlin, 15. September.

Die von dem früheren Reichswehrminister Gröner angekündigten und vorbereiteten Pläne, die Vereinigungen, Verbände und Organisationen zur Ertüchtigung der Jugend zusammenzufassen, haben jetzt in einem Erlaß des Reichspräsidenten an den Reichsminister des Innern ihren organisatorischen Abschluß gefunden.

Der Erlaß spricht, einer Meldung des „Berliner Tageblattes" zufolge, aus, daß in Zukunft alle Kräfte, die sich der Ertüchtigung der Jugend widmen, zusammengefaßt werden sollen. Zu diesem Zwecke beruft der Reichspräsident ein

Reichskuratorium für die Jugendertüchtigung;

mit dem Vorsitz des Kuratoriums ist der Reichsminister des Innern betraut, zu seinem geschäftsführenden Präsidenten ist der General der Infanterie a. D. von Stülpnagel ernannt worden. General von Stülpnagel war zuletzt Kommandeur des Wehrkreises Dresden.

In dem Erlaß heißt es unter anderem: „Die deutsche Jugend ist die Zukunft unseres Volkes. Seit Jahren habe ich daher mit besonderer Anteilnahme alle Bestrebungen verfolgt, die ihrer körperlichen Ertüchtigung galten. Die Stählung des Körpers, die Erziehung der Jugend zu Zucht, Ordnungsliebe und Kameradschaft und zur Opferbereitschaft für die Gesamtheit sind Aufgaben, deren sich anzunehmen, der Staat die Pflicht hat. Ihre Lösung wird in der Zusammenarbeit mit allen Vereingungen verschiedenster Art erfolgen können, die schon bisher sich diesem Werke an der deutschen Jugend gewidmet haben und denen ich für diese Arbeit danke. Um für die Zukunft alle Kräfte, denen die körperliche Ertüchtigung der deutschen Jugend am Herzen liegt, zu gemeinsamer und einheitlicher Arbeit zusammenzufassen, berufe ich hiermit ein Reichskuratorium für Jugendertüchtigung."

Weiter hat der Reichspräsident den Reichsminister des Innern beauftragt, geeignete Persönlichkeiten, die sich auf dem Gebiete der Jugendertüchtigung besondere Verdienste erworben haben, namhaft zu machen, damit sie in das Kuratorium als Mitglieder berufen werden können. Das Kuratorium soll alle geeigneten Organisationen ohne Unterschied ihrer Parteistellung und ohne Rücksicht auf konfessionelle Fragen zusammenfassen. Ausgeschlossen sollen nur die kommunistischen Verbände sein. Es ist nicht geplant, etwa die bestehenden Verbände, sei es das Reichsbanner oder die SA, aufzulösen, man will alle diese Kräfte zusammenschließen und sie zur Ertüchtigung der Jugend zusammenführen. Durch das Kuratorium soll vor allem der sogenannte „Geländesport" gepflegt werden. Es soll seine Absichten im engen Einvernehmen mit den Landesregierungen durchführen. Zu diesem Zweck werden Vertreter der Länder als Mitglieder in das Kuratorium berufen werden.

*

Paris, 15. September. (Eigene Drahtmeldung.) Das durch Erlaß des Reichspräsidenten geschaffene Reichskuratorium für Jugendertüchtigung wird von der französischen Presse mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, da man darin eine verkappte militärische Ausbildung der Jugend erblicken will. Die Blätter begnügen sich vorläufig noch mit der Wiedergabe von Tatsachen-Berichten, in die sie nur hier und da ihre Vermutungen einflechten.

Der Berliner Berichterstatter des „Matin" meint, daß alle Veranlassung bestehe, die weitere Entwicklung dieses neuei Organismus mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Europa bietet eine Milliarde

Abschlußzahlung an die Vereinigten Staaten.

Newyork, 14. September.

Die Hearst-Presse meldet aus London, daß nach Informationen aus angeblich „hochstehender autoritativer Quelle" europäische Finanzsachverständige zurzeit damit beschäftigt sind, einen Plan zur Ablösung der interalliierten Kriegsschulden auszuarbeiten. Montague Norman soll den amerikanischen Bankiers das Angebot der europäischen Schuldner, die die gesamte Schuldsumme von 11 Milliarden Dollar durch die Zahlung eines einmaligen Betrages von einer Milliarde Dollar tilgen wollen, im einzelnen auseinandergesetzt haben. Die amerikanische Regierung sei ebenfalls informiert.

Den Ablösungsbetrag will man durch Auflegung einer internationalen, mit 4½ v. H. verzinslichen Anleihe in entsprechender Höhe aufbringen. Die Unterbringung würde nach Meinung des Blattes keine Schwierigkeiten machen, weil der Gedanke einer Kommerzialisierung der politischen Schulden im Publikum populär sei. Außerdem sei der englische und französische Staatskredit vollkommen intakt, und schließlich gewähre die geplante Anleihe einen höheren Zinsgenuß als die meisten börsenmäßig gehandelten langfristigen Kapitalsanlagen.

Die „Vossische Zeitung" betont im Zusammenhange mit dieser Londoner Meldung, daß ohne Kenntnis der Quellen, aus welchen die Hearst-Presse ihre Informationen schöpft, größte Zurückhaltung geboten sei. Es handle sich möglicherweise um nichts anderes, als um einen Versuchsballon, welcher der Feststellung dienen solle, wie die amerikanische Öffentlichkeit auf derartige Vorschläge reagieren werde.

*

Amerika winkt ab.

Washington, 15. September. (Eigene Drahtmeldung.) **Das Staatsdepartement dementiert die Gerüchte üebr angebliche Kriegsschulden-Ablösungs-Besprechungen in London. Der amerikanische Staatssekretär teilt mit, daß alle Schuldner-Länder, die vom Aufschubsrecht für ihre Schulden Gebrauch machen wollen, die Amerikanische Regierung unterrichten müssen.**

*

Die letzte Frist

Washington, 15. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der amerikanische Staatssekretär Ogsn Mells meinte am Mittwoch, **daß alle Schuldner-Länder, die von dem Aufschiebungsrecht Gebrauch machen wollen, die Amerikanische Regierung bis zum Donnerstag abend dahingehend unterrichten müßten.**

Außer Estland, Lettland und Polen habe bisher kein anderes Schuldner-Land von der Absicht, die Zahlungen aufzuschieben, Mitteilung gemacht.. Die Zahlungen dieser drei Länder, die sich auf insgesamt 1 252 000 Dollar belaufen und am 15. Dezember fällig sind, würden für zwei Jahre aufgeschoben. In der Zwischenzeit müßten einhalbjährlich 3½ vom Hundert Zinsen gezahlt werden.

Deutsches Reich.

Scholz tritt aus der NSDAP. aus.

Berlin, 14. September. Der Rundfunkkommissar Dr. Scholz ist, wie jetzt mitgeteilt wird, wieder aus der Nationalsozialistischen Partei ausgeschieden, in die er vor einiger Zeit aus der Deutschnationalen Partei übergetreten war. Zur Begründung wird angegeben, die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage habe Dr. Scholz veranlaßt, „um jeden Anschein parteipolitischer Rücksichten in seiner Amtsführung zu vermeiden", im Einvernehmen mit der Parteileitung aus der NSDAP. auszutreten.

Loebe wird wieder Redakteur.

Der frühere Reichstagspräsident Loebe, der bis zu seiner Wahl zum Reichstagspräsidenten im Jahre 1920 Redakteur der sozialdemokratischen „Volkswacht" in Breslau gewesen war, ist jetzt wieder zu seinem früheren Beruf zurückgekehrt. Wie der „Vorwärts" mitteilt, ist Loebe in die Redaktion des sozialdemokratischen Zentralorgans eingetreten.

Kleine Rundschau.

120 Tote bei einem Zugunglück.

Oran (Afrika), 14. September. (Eigene Drahtmeldung.) **Infolge anhaltender Regengüsse, die einen Eisenbahndamm unterspülten, kam es zu einer schweren Eisenbahnkatastrophe in Algier. Als ein Zug, in dem sich 510 Mann edr französischen Fremdenlegion befanden, die durch den Regen unterspülte Stelle passierte, entgleiste er. Die Zahl der Toten soll sich auf 120 und die der Verletzten auf 150 belaufen.**

*

Berlin, 15. September. (Eigene Drahtmeldung.) **Am Donnerstag vormittag kurz nach 8.30 Uhr wurde in Charlottenburg ein verwegener Überfall auf einen Geldtransport der Aboag verübt. Beamte der Berliner Omnibus-Gesellschaft hatten den Auftrag, einen Scheck auf 33 000 Reichsmark bei der Stadtbank-Filiale einzulösen, die sich im Gebäude des Charlottenburger Rathauses befindet. Als die Beamten den in Papiergeld ausgezahlten Betrag in Empfang genommen hatten, brachten sie das Geld in einer Aktentasche unter und diese wiederum aus Sicherheitsgründen in einer Holzkiste. Kurze Zeit darauf, noch innerhalb des Bankgebäudes, fielen vier bis sechs Männer über die Beamten her und raubten ihnen nach Abgabe von einigen Revolverschüssen das Geld. Einer der Beamten, der Stadtinspektor Otto Meyer, erlitt eine schwere Kopfverletzung, an deren Folgen er verstorben ist. Die Täter sind in einem blauen Kraftwagen, der die Nummer I A 16 393 führt, in Richtung auf den Kurfürstendamm entkommen. Es konnte bereits festgestellt werden, daß der Kraftwagen am Mittwoch gestohlen worden ist.**

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 15. September.

Heiter und warm.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet heiteres und warmes Herbstwetter an.

Wieder ein Ueberfall auf einen Polizeibeamten.

In einem rohen Überfall kam es heute Nacht in der Pfarrstraße (Jezuicka). In die dort befindliche „Grüne Bar“ traten nach Mitternacht drei Männer ein, die Schnaps verlangten. Der Wirt war nicht abgeneigt, dieser Forderung zu entsprechen, verlangte jedoch zunächst die Entrichtung der „Hockersteuer“, der neuen Abgabe für die Arbeitslosen, die von allen Personen bezahlt werden muß, welche nach 12 Uhr nachts sich in einem Lokale aufhalten bzw. ein Lokal betreten. Die drei neuen Gäste protestierten gegen die Forderung des Wirts und erklärten, sie dächten nicht daran, dieser neuen behördlichen Anordnung zu entsprechen. Bei dieser Auseinandersetzung gerieten die drei Männer in große Wut und ergingen sich in wüsten Beschimpfungen gegenüber den Behörden.

Ein Polizeibeamter namens Rochus Dudkowiak, der in der Nähe Dienst tat, hörte den Lärm und forderte die Skandalierenden zur Ruhe auf. Die drei Männer traten nun auf die Straße hinaus und setzten den Lärm fort. Als sie einer erneuten Aufforderung, Ruhe zu bewahren, nicht nachkamen, wollte der Beamte einem der Radaubrüder Handschellen anlegen. In diesem Augenblick sprang der eine der Zechgenossen auf den Schutzmann los, riß ihm die Arme nach hinten und stürzte schließlich mit ihm zu Boden. Auch der zweite der Männer warf sich auf den Beamten und brachte ihm mit einem Messer schwere Stichwunden am rechten Oberschenkel bei. Jetzt stürzte der Wirt der Bar, ein groß gewachsener, starker Mann, aus dem Lokal, hielt den Männern einen Revolver vor und forderte sie auf, von dem Beamten abzulassen.

Während die beiden Banditen, die mit dem Schutzmann gerungen hatten, sich erhoben, floh der dritte nach dem Friedrichsplatz. Der Beamte hatte aber noch von seiner Signalpfeife Gebrauch machen können, wodurch die Chauffeure der auf dem Friedrichsplatz stationierten Taxen auf die Vorgänge in der Pfarrstraße aufmerksam gemacht worden waren. Sie liefen auf den Tatort zu und konnten den Flüchtling festnehmen. Auch die beiden anderen Täter wurden verhaftet und ins Polizeigefängnis eingeliefert. Es handelt sich bei ihnen um die Brüder Stefan, Josef und Franz Mianowicz. Des verletzten Beamten nahm sich die Rettungswache an.

---

§ **Statistik des Telephonverkehrs in Polen.** Nach kürzlich veröffentlichten Daten des polnischen Post- und Telegraphenministeriums ist das gesamte Telephonleitungsnetz in Polen, das im Jahre 1926 eine Länge von 384 000 Kilometern hatte, bis zum Jahre 1930 auf 570 000 Kilometer ausgebaut worden. Die Zahl der Telephonzentralen stieg in der gleichen Zeitspanne von 2006 auf 3145, die Zahl der öffentlichen Fernsprechstellen von 3310 auf 4187. An Fernsprechteilnehmern waren im Jahre 1926 — 102 000 und im Jahre 1930 — 146 000 zu verzeichnen. Die Zahl der gezählten Gespräche belief sich auf 578 Millionen im Jahre 1926 und auf 763 Millionen im Jahre 1930. In ganz Polen sind gegenwärtig 200 000 Fernsprechapparate im Betrieb (1930 = 199 000). Es ist dies ungefähr der hundertste Teil der Zahl der Apparate in den Vereinigten Staaten von Amerika, wo über 20 Millionen Fernsprecher im Betrieb sind (Deutschland besitzt vergleichsweise 3 182 000 Apparate).

§ **Chinesische Gäste.** Am gestrigen Mittwoch traf hier eine chinesische wissenschaftliche Kommission ein, an deren Spitze ein Delegierter des chinesischen Kultusministeriums steht. Auf ihrer Reise durch Polen werden die sechs Herren von einem Vertreter des Kultusministeriums und dem Vorsteher des Posener Schulkuratoriums Dybczynski begleitet. Die chinesischen Gelehrten besichtigten die hiesigen Gewerbeschulen, Fabrikanlagen und öffentlichen Anstalten.

§ **Neuordnung der Markteinteilung.** Seit Sonnabend ist es den Markthändlerinnen mit Pilzen und Beeren polizeilich verboten, ihre Waren auf dem Alten Markt zu verkaufen. Ihnen ist als Standplatz der Fischmarkt gegenüber „Alt Bromberg“ angewiesen. Die Händlerinnen sind mit dieser Neuordnung keineswegs einverstanden und beabsichtigen, sich in dieser Angelegenheit an den Stadtpräsidenten zu wenden.

§ **Verkehrsunfall.** Am Dienstag nachmittag wurde an der Ecke Bahnhof- und Mittelstraße der Albertstraße (Garbary) 28 wohnhafte Fr. Wolnikowski von dem Auto P. M. 50 481 gestreift und zu Boden gerissen. W. trug glücklicherweise nur leichtere Verletzungen davon.

§ **Jagdunfall.** Während einer Rebhuhnjagd in der Nähe von Obornik erlitt die Gattin des hiesigen Fabrikbesitzers Weynerowski einen Unfall. Durch die Unvorsichtigkeit eines Schützen, der sich von den übrigen Jagdteilnehmern etwas entfernt hatte, und dann in Richtung der restlichen Jagdgäste einen Schuß abgab, erhielt Frau Weynerowska drei Schrotkörner ins Gesicht. Sie wurde mit Hilfe eines Autos sofort nach Posen geschafft, wo durch eine Operation die Schrotkörner entfernt wurden.

§ **Um sein ganzes Vermögen bestohlen.** Der 65jährige Landarbeiter August Stachnik aus dem Kreise Wirsitz hatte sich in langjähriger Arbeit 3100 Złoty zusammengespart. Er verwahrte das Geld in einem kleinen Koffer, den er fest verschloß und unter sein Bett stellte. Jeden dritten Tag kontrollierte er seinen Schatz, um sich zu überzeugen, ob er auch noch vorhanden sei. Eines Tages im März d. J. schloß er den Koffer auf, entnahm diesem ein Schulheft und begann darin zu blättern, um sich an dem Anblick der nagelneuen Fünfhundertzłotyscheine, die er in dem Heft verborgen hatte, zu erfreuen. Während des Blätterns gewahrte er jedoch mit Schrecken, daß in dem Heft auch nicht ein einziger Geldschein mehr vorhanden war. Das schöne schwer verdiente Geld war verschwunden. Über den Verlust wurde der alte Mann fast irrsinnig, so daß er beschloß, sich das Leben zu nehmen. Dem Eingreifen einiger Nachbarn gelang es, das Vorhaben des alten Mannes zu vereiteln. Als er sich dann ein wenig beruhigt hatte, benachrichtigte er die Polizei von dem Diebstahl, der es auch in kurzer Zeit gelang, die Diebe in den Eheleuten Jan und Leokadia Kalecka festzunehmen. Das saubere Ehepaar hatte sich nun wegen dieses Diebstahls vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. Leokadia K. gibt an, daß sie sich von dem gestohlenen Gelde für 1500 Złoty Möbel gekauft und mit dem übrigen Geld Schulden bezahlt habe. Der Ehemann hatte, wie er angibt, den plötzlichen Geldsegen seiner Frau für deren Mitgift gehalten. Das Gericht verurteilte die Angeklagte zu einem Jahr, deren Mann zu sechs Monaten Gefängnis. Dem Manne wurde ein dreijähriger Strafaufschub bewilligt. Beide Angeklagte sind gleichzeitig verpflichtet, dem Geschädigten das gestohlene Geld zurückzuzahlen.

§ **Bestätigtes Urteil.** Die Bromberger Strafkammer hatte einen Kaufmann Josef Szczesiński wegen Betruges zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte dem Arbeiter Martin Puż aus Znin dessen Ersparnisse von 900 Złoty abgeschwindelt unter dem Vorgeben, er sei Mitglied der Posener Bank Związku Spółek Zarobkowych und in der Lage, ihm von dieser Bank 10 Prozent Zinsen statt der von der Zniner Bank gezahlten 6 Prozent zu erwirken. Als der alte Mann, da er das versprochene Sparkassenbuch vergeblich erwartete, die Rückzahlung des Geldes verlangte, stellte ihm der Angeklagte Prügel in Aussicht. Das Posener Appellationsgericht als Revisionsinstanz bestätigte das Urteil der Bromberger Strafkammer, gewährte dem Angeklagten aber eine fünfjährige Bewährungsfrist unter der Bedingung der Zurückzahlung der 900 Złoty samt Zinsen innerhalb eines Jahres an den Geschädigten.

§ **Vor der Strafkammer** des hiesigen Bezirksgerichts hatten sich die Arbeiter Stefan Mielcarek, Władysław Schön, Piotr Dunaj und Leon Budny, sämtlich aus Wongrowitz, wegen Diebstahls zu verantworten. Anfang dieses Jahres wurden im Kreise Wongrowitz bei mehreren Landwirten Diebstähle verübt, wobei in der Hauptsache Getreide entwendet wurde. Als am 27. April der Landwirt Josef Lelowicz gleichfalls um einige Zentner Roggen erleichtert wurde, gelang es der Polizei, die Getreidediebe in den Angeklagten festzunehmen. Vor Gericht geben sie, nach anfänglichen Ausreden, die Diebstähle zu, worauf sie zu folgenden Strafen verurteilt wurden: M. und S., die beide wegen Diebstahls schon vorbestraft sind, zu je zehn, die übrigen beiden zu je sechs Monaten Gefängnis.

§ **Auch Seitengewehre werden gestohlen.** Als ein Soldat des 61. Infanterie-Regiments in einem der hiesigen Kinos saß, wurde ihm, als er in den Anblick des Films vertieft war, von einem Unbekannten das Seitengewehr gestohlen. Erst als der Soldat das Kino verlassen hatte, bemerkte er den Verlust, den er sofort bei der Behörde anmeldete.

*

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Auf das heute abend um 8 Uhr in der Aula des Kopernik. Gimn. stattfindende **Konzert des Klavier-Virt. Stanisław Lewinski** wird nochmals hingewiesen. Im Programm Meister wie Chopin, Debussy, Liszt. Eintrittskarten von 1—2,50 Złoty im Vorverkauf in der **Buch- und Musikalienhandlung von Jan Idzikowski, Gdańska 23.** (7485

Ueberfall auf einen greisen Landwirt.

ex **Exin** (Kcynia), 14. September. Die Überfälle nehmen in unserer nächsten Umgegend erschreckend zu. So wurde am gestrigen Abend zwischen 10 und 11 Uhr der 76 Jahre alte Landwirt Brzeżyński aus Herzberg bei Exin, der mit seinem Fuhrwerk aus Salesche kam, von unbekannten Tätern überfallen und mit Messern bearbeitet. Ein vorüberfahrendes Auto sah den führerlosen Wagen und stellte bei näherer Untersuchung fest, daß B. blutüberströmt im Wagen lag. Der Chauffeur band das Pferd an einen Baum und fuhr den schwerverletzten B. zum Arzt nach Exin. Hier wurden drei sehr tiefe Kopfwunden festgestellt. Nach Anlegung eines Notverbandes brachte man B. nach Schubin ins Krankenhaus. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Ein Raubüberfall scheint nicht vorzuliegen, da Geld und Uhr bei dem Überfallenen gefunden wurden. Polizeiliche Untersuchungen sind sofort eingeleitet worden.

Mord und Selbstmord.

Eine blutige Tragödie ereignete sich auf dem Gute Olszewicz im Kreise Inowrocław. Dort weilte seit einiger Zeit der Danziger Staatsangehörige Walter Ludwig mit seiner Ehefrau Else. Heute sollte die Rückfahrt nach Danzig angetreten werden. Am Morgen wurde das Ehepaar Ludwig im verschlossenen Zimmer mit Schußwunden in den Schläfen tot aufgefunden. Nach den sofort angestellten Untersuchungen hat der 60 Jahre alte Herr zuerst seine 62jährige Ehefrau erschossen und die Waffe dann gegen sich selbst gerichtet. Der Tod war bei beiden auf der Stelle eingetreten. Der Grund zu dieser unseligen Tat soll in schweren finanziellen Schwierigkeiten zu suchen sein.

---

v **Argenau** (Gniekowo), 14. September. Heute nachmittag um 4 Uhr rückte die hiesige Feuerwehr nach Klepary ab, da es dort bei den Landwirten Jakubowski und Łaskowski brannte. Beide Landwirte besitzen gemeinsam eine große Scheune, in welcher gedroschen wurde. Plötzlich schlugen die Funken der Maschine auf das Strohdach über und furchtbar schnell stand die ganze Scheune in hellen Flammen. Infolge des starken Windes hatten die Wehrmannschaften heftig zu kämpfen, um die Wohnhäuser und die übrigen landwirtschaftlichen Gebäude zu retten. Der Schaden wird auf 20 000 Złoty geschätzt. — Entwendet wurden der Besitzerin Erika Fischer von hier mehrere Gänse, Hühner und Kaninchen. Von den Dieben fehlt leider jede Spur.

☐ **Crone** (Koronowo), 14. September. In der gestrigen Stadtverordnetensitzung wurde zunächst über die Festsetzung des Jahrmarkt-Standgeldes beraten. Das Standgeld beträgt für Pferde, Kühe und Esel 1 Złoty pro Stück, Schweine 30 Groschen, Ferkel 25 Groschen, Schafe und Kälber 30 Groschen, Ziegen 20 Groschen. Nachdem über die Revision der Stadtkasse berichtet wurde, erteilte die Versammlung Entlastung, desgleichen aus Anlaß des Berichts über die Kommunalkasse. In Sachen des beabsichtigten Verkaufs eines Kessels und eines Elevators im Schlachthause wurde der Magistrat beauftragt, diesen Verkauf vorzunehmen. Beschlossen wurde ferner, die Stadtkasse gegen Diebstahl auf 20 000 Złoty versichern zu lassen. Nach der öffentlichen Sitzung fand eine geheime statt. — Die Feuerwehr wurde am gestrigen Tage nach Monkowarsk gerufen, wo spielende Kinder ein Feuer verursacht hatten, durch das nicht weniger als drei Gehöfte eingeäschert wurden.

q **Gnesen** (Gniezno), 14. September. In einen Tobsuchtsanfall verfiel am Sonnabend der Schwiegersohn Gruszczyński des Herrn Wojciak in Róża bei Gnesen. Der Schwiegersohn verlangte sein Söhnchen, das er erdrosseln wollte. Als seine Frau sich dagegen wehrte, ging G. gegen sie mit einer Waffe los. Nun kam der Vater seiner Tochter zur Hilfe, der auch seine Enkelkinder in Sicherheit brachte. Gruszczyński trank darauf Lysol. Man schaffte ihn sofort in das städtische Krankenhaus. Lebensgefahr besteht nicht.

z. **Inowrocław**, 14. September. Auf dem hiesigen Güterbahnhof geriet am Dienstag vormittag gegen 9 Uhr der 50jährige Eisenbahner Konstanty Reis beim Zusammenkoppeln zweier Waggons zwischen die Puffer, wobei ihm der Brustkorb eingedrückt wurde. Der Verunglückte wurde in das hiesige Kreiskrankenhaus gebracht. — Wie groß die Wohnungsnot sich ganz speziell bei der armen Bevölkerung auswirkt, beweist folgender Fall. Auf der Gemeindestraße des Dorfes Rabino bei Inowrocław kampiert seit zwei Monaten unter freiem Himmel eine Frau mit zwei Kindern. Nur eine Wand aus Stroh und Säcken soll einigen Schutz bieten. Als Ruhestätte dient ein Strohbündel, welches in einem ausgehöhlten Erdloch liegt. Der Mann der bedauernswerten Familie befindet sich im Krankenhause.

i. **Nakel** (Nakło), 14. September. **Auf der Rückfahrt von Bromberg nach Nakel kam das Lastauto des Kesselmeisters Max Chórżaniak in der Kurve kurz vor der Nakeler Zuckerfabrik ins Schleudern. Max Chórżaniak, der am Ende des Autos einen Apparat festhielt, flog bei dem Schwung von seinem Platz auf die Chaussee, wo er mit dem Hinterkopf hart aufschlug. Nachdem er von Dr. Rzatkowski verbunden wurde, schaffte man den Verletzten ins Bromberger Krankenhaus, wo er seinen Verletzungen erlegen ist.** — Der Molkereibesitzer Abraham aus Schubin verkaufte gestern einen großen Posten Schweine im Werte von 10 000 Złoty. Diebe, die davon erfahren haben mußten, drangen in seine Wohnung ein, da sie glaubten, das Geld im Geldschrank vorzufinden. Sie brachen den Schrank auf, es fielen ihnen aber nur 18 Złoty in die Hände, denn Abraham hatte das Geld nicht am selben Tage erhalten.

o **Obornik**, 14. September. Einbrecher suchten in einer der letzten Nächte die Wohnung des Herrn Rotholz heim. Den Banditen fielen eine goldene Uhr, zwei goldene Ringe, etliche Dollarnoten sowie deutsches und polnisches Bargeld in die Hände. Der Gesamtschaden beträgt über 2000 Złoty.

♣ **Posen** (Poznań), 13. September. Bei der Verausgabung falscher Silbermünzen wurden die 17jährige Wladisława Pawlicka und deren Schwester Pelagia aus der fr. Hohenlohestraße 14 angehalten und in Untersuchungshaft genommen. — Durch eigenes Verschulden wurde in der Schulstraße der neunjährige Marjan Piechura von einem Personenkraftwagen überfahren und leicht verletzt.

ph **Schulitz** (Solec), 13. September. Auf dem gestrigen Wochenmarkte herrschte reger Verkehr. Man zahlte für Butter 1,50, Eier 1,40, Weißkäse 0,25—0,30, Kartoffeln 2,50 pro Zentner. — In der vergangenen Woche kam es zwischen dem Besitzer Marszałek und einem auf sein Grundstück zuziehenden Einwohner zu Streitigkeiten. Im Verlaufe der entstandenen Prügelei wurde ein Schuß auf Marszałek abgegeben, der ihn schwer verletzte, so daß M. kurze Zeit darauf verstarb. Wer der Täter war, wird die Untersuchung ergeben.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

e **Alexandrowo**, 14. September. Blutiger Überfall. Der Besitzer Jemkiewicz in Gruszyn, Gemeinde Bytoń, wurde in der Nacht durch das heftige Bellen seiner Hofhunde geweckt. In der Meinung, daß Diebe in sein Haus einbrechen wollen, ging J. auf den Hof, um nach dem Rechten zu sehen. Kaum war er aus der Haustür getreten, so erhielt er einen Stich mit einer Forke in das Auge, daß es ausfloß und die Zinke der Forke Jemkiewicz den Schädel durchschlug. Auf die Hilferufe des Überfallenen, eilte seine Mutter herbei. In den fliehenden Banditen erkannte sie zwei Knechte aus Borki. Der schwerverletzte J. wurde in das Krankenhaus in Thorn gebracht, die beiden Knechte konnten verhaftet werden. Angeblich soll es sich um Rache handeln. — Die 67jährige Ernestine Tober-Stoki litt seit Jahren an großen Schmerzen am Bein. Auf Anraten einer „weisen Frau“ setzte die Kranke sich in ein Faß heißen Wassers und öffnete sich selbst die Ader. Man fand sie später verblutet auf. — Auf dem Bahngeleise zwischen Brzezie und Lubanie fand der Streckenläufer einen schwerverletzten Mann ohnmächtig auf. Es war der 27jährige Konstanty Mister aus Lubanie. Ob ein Unfall oder ein Verbrechen vorliegt, konnte einstweilen nicht ermittelt werden. — Die beiden Brüder Antoni und Josef Podkowiński, Pächter des Gutsgartens in Służewo, wurden von einem ihnen unbekannten Strolch auf der Straße angerempelt. Als die Brüder sich zur Wehr setzten, waren sie bald von einer Anzahl von Raufbolden umringt, die gemeinsam auf die Brüder einschlugen. In der Notwehr zogen die Angefallenen ihre Revolver, gaben ein paar Schreckschüsse ab und flohen in den Gutsgarten. Darauf rotteten sich etwa 150 Personen zusammen, bewaffneten sich mit Steinen und Keulen und versuchten in den Garten zu dringen. Der 62jährige Vater Podkowiński feuerte in die Rotte und verletzte Zygmunt Chrzastowski durch Brustschuß schwer. In diesem Augenblick erschien die Polizei und trieb die Menge auseinander. — Feuer brach im Gutshofe Siniarzewo aus. Es brannten die Scheune mit 170 Fuder Klee, 70 Fuder Stroh, 15 Fuhren Heu und landwirtschaftlichen Maschinen nieder. Der Schaden wird auf 18 000 Złoty geschätzt.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 15. September 1932.

Krakau — 2,96, Zawichost + 0,74, Warschau + 0,62, Płock + —, Thorn + 0,26, Fordon + 0,28, Culm + 0,15, Graudenz + 0,22, Kurzebrak + 0,49, Piekel — 0,29, Dirschau — 0,40, Einlage + 2,56, Schiewenhorst + 2,68.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 212

Pommerellen.

15. September.

Graudenz (Grudziądz).

Mit der Arbeitslosen-Unterstützungsaktion befaßte sich in ihrer letzten Sitzung die städtische Kommission für soziale Fürsorge. Man kam da u. a. zu folgenden Ergebnissen: Es soll nach Möglichkeit versucht werden, die Notstandsarbeiten weiterzuführen, und zwar vorerst für die Zeit bis zum 1. 11. 32. Zur Deckung der Fehlbeträge sind dem Magistrat die verschiedensten Vorschläge gemacht worden. Es lag hierzu ein Antrag des Komitees der Arbeitslosen vor, die Zahl der Arbeitsstunden in Anbetracht des kommenden Winters auf wöchentlich 18 zu erhöhen.

Nachdem die Volksküche zwecks Instandsetzung längere Zeit geschlossen war, soll sie in den nächsten Tagen wieder geöffnet werden. Von den Arbeitslosen wird beantragt, die Küche mit Rücksicht auf verschiedene Umstände gänzlich zu schließen und anstatt dessen die Lebensmittel in natura zu liefern. Dem Magistrat wurde aufgegeben, seinerseits eine Prüfung vorzunehmen dahingehend, ob diesem Begehren nicht zum Teil stattgegeben werden könnte. *

× **In der Sitzung des Graudenzer Kreistages** am Dienstag wurde zunächst an Stelle eines durch Fortzug Ausgeschiedenen Herr H. Perski - Kl. Tarpen als neues Kreistagsmitglied eingeführt. Vorschlagsgemäß erledigte die Versammlung ohne Debatte den Antrag auf Aufnahme einer Anleihe von 1 300 000 Złoty zur Sanierung der Kreiskommunalsparkasse. Die Beschlußfassung hatte lediglich formale Bedeutung, zumal ein Teil des Geldes inzwischen bereits der Kasse überwiesen worden ist. Ohne Besprechung fand auch der nächste Punkt der Tagesordnung, die Genehmigung des neuen Statuts der Kommunalkreditbank, Zustimmung. Als letzten Verhandlungspunkt beschloß der Kreistag die Festsetzung der Höhe der Entschädigung und der Kostenrückerstattung für die Mitglieder des zur leichteren und günstigeren Regelung finanzieller Angelegenheit der kleineren Landwirte (mit einem Besitz bis zu 200 Morgen) zu bildenden Schiedsgerichts. *

× **Über den Fortbildungsschulbesuch** gibt die Schulabteilung des Magistrats noch folgendes bekannt: Lehrlinge aus der Metall- und Holzindustrie besuchen die Schule in der Brüderstraße (Bracka), und zwar an allen Tagen der Woche, mit Ausnahme des Sonnabends, von 17.30 Uhr ab; Lehrlinge aus der Lebensmittel- und Bekleidungsbranche, sowie jugendliche Arbeiter die Schule in der Börgenstraße (Sienkiewicza) Montags und Mittwochs von 17.20 Uhr, sowie Dienstags von 18.15 Uhr ab; Friseurlehrlinge Montags und Dienstags von 14 bis 18.30 Uhr. *

× Ein **Brand- und Gasschutzschauspiel** gewährte am Dienstag nachmittag gegen 3/45 Uhr die Freiwillige Feuerwehr auf dem großen Platze an der Pilsudskistraße dem allerdings nicht allzu zahlreich anwesenden Publikum. Dort hatte die Wehr eine Baumzweiggruppe, die ein Wohnhaus markierte, aufgestellt, und in kurzem Abstande eine ebenfalls ein Wohngebäude darstellende Bretterbude. Der ganzen Produktion lag ein Plan zugrunde, demzufolge zunächst das erstgenannte „Haus" durch eine „Brandbombe" in Flammen gesetzt und danach das andere Gebäude von einer Gasbombe getroffen, vergast worden ist, so daß der Wehr auch die Aufgabe erwächst, das unter Gas gesetzte Holzhaus sowie das anliegende Terrain zu entgasen. Eine den Gesamtvorgang erklärende Ansprache des Leiters, Wehrkommandanten Kaszewski, bildete den Abschluß des immerhin aufschlußreichen Experiments aus dem Gebiet des Feuer- und Gasschutzdienstes am Nächsten. *

× **In Sachen der Vergünstigung bei Zahlung rückständiger Steuerbeträge** weist die Izba Skarbowa in Graudenz darauf hin, daß mit Ende September d. J. die Frist abläuft, bis zu der bei der Entrichtung von Steuerrückständen, die vor dem 1. Oktober 1931 entstanden sind, eine 75prozentige Bonifikation gewährt wird. Unabhängig von der zuerkannten Vergütung können Landwirte ihre vor dem 1. Oktober 1931 entstandenen Rückstände in der Grund-, Vermögens-, Einkommen- und Erbschaftssteuer ohne Verzögerungsstrafen entrichten. Bei Zahlungen nach dem 30. September d. J. werden die Bonifikationen von 75 auf 50 Prozent herabgesetzt. *

× **Körperliche Verletzungen** erlitt in der Nacht zum Mittwoch der Unterthornerstraße (Toruńska) wohnhafte Bufettier Leon Biały dadurch, daß er beim Verlassen eines Lokals in der Oberthornerstraße (3 Maja) von anderen Personen mißhandelt und mit Messerstichen bedacht wurde. Nach Anlegung eines Notverbandes konnte der Verletzte sein Heim aufsuchen. *

× **Immer wieder Fahrraddiebstähle.** In der Schuhmacherstraße (Szewska) wurde dem Landwirt Jan Szłagowski aus Nitzwalde (Nicwałd) sein etwa 80 Złoty Wert besitzendes Fahrrad entwendet. Das gleiche Mißgeschick traf im Korridor des Kreisspitals in Lessen (Łasin), Kreis Graudenz, Jan Lesiński aus Petersdorf (Mierzyn), Kreis Löbau. Sein Rad (Registriertafel Nowe Miasto Nr. 8482, Rahmen und Felgen schwarz, Torpedo-Freilauf), hat ungefähr 100 Złoty Wert. *

Thorn (Toruń).

≠ **Der Wasserstand der Weichsel** ist bis Mittwoch früh auf 0,25 Meter über Normal zurückgegangen. — Aus Warschau traf Dampfer „Reduta Ordona" ein, während die Dampfer „Mazur", „Bałtyk" und „Pospieszny" nach Warschau abfuhren. Auf der Fahrt von Warschau nach Dirschau legten die Dampfer „Jagiełło" und „Warneńczyk" hier an. Sämtliche Dampfer hatten Passagiere und Güter an Bord.

t. **Der Straßenbahnbetrieb** auf der Linie I (Stadtbahnhof — Ziegeleipark) wurde am Mittwoch wegen Neuverlegung von Schienen im untersten Teil der Brombergerstraße (ul. Bydgoska) durch die Mellienstraße (ul. Mickiewicza) nur bis zur Ulanenstraße (ul. Reja) durchgeführt. * *

≠ **Die Verstärkung der Eisenbahnbrücke,** die vor drei und zwei Jahren direkt über dem Weichselstrom durchgeführt wurde, wird nun auf dem über die Basarkämpe führenden Teil weiter fortgesetzt. Hier sind die Arbeiten bedeutend einfacher durchzuführen, da die Tragebogen-Konstruktion infolge dichterer Pfeilerstellung nicht vorhanden ist. Nachdem bis jetzt Gerüste vom Erdboden errichtet wurden, ist man nun mit dem Ausstemmen der Pfeiler für die Auflagen der eisernen Verstärkungs-Unterzüge beschäftigt. Immerhin dürften die Arbeiten doch geraume Zeit andauern. * *

≠ **Die Kiesgewinnung aus der Weichsel** ist wieder aufgenommen worden. In stark gebauten Handkähnen besonderen Typs stehen drei bis vier Mann, um den Kies zu „fischen". An etwa vier Meter langen Stangen sind Drahtkörbe befestigt, mittels deren der Kies aus dem Strombett genommen wird. Es ist feine, schön gewaschene Ware, die zu Betonbauzwecken für den Bau der Wohnhäuser für die von Danzig hierher übersiedelnden Eisenbahn-Direktionsbeamten auf der Bromberger Vorstadt gebraucht werden soll. Diesmal wird der Kies aus der tiefsten Stromrinne dicht vor der Stadt gewonnen. Daß an diesen tiefsten Stellen nur kaum 2 Meter Wasserstand sind, erregt die Verwunderung der Zuschauer, die in der schmalsten Fahrrinne immerhin doch drei bis vier Meter Wassertiefe geschätzt hatten. — Obgleich die Verlegung der Direktion hierher noch zweifelhaft geworden ist, wie wir jüngst ausführlich berichteten, so wird der Bau des ersten Wohnhausblocks doch unbekümmert weitergeführt. * *

v. **Eine Zigeunerbande wegen Pferdediebstahls vor Gericht.** Auf der Anklagebank des hiesigen Bezirksgerichts nahm am Montag eine Zigeunerbande wegen einer Reihe im Bereich der Wojewodschaft Pommerellen verübter Pferdediebstähle Platz. Nach Verlesung des Anklageaktes schritt das Gericht zur Vernehmung der Angeklagten. Die Zigeuner bekannten sich sämtlich nicht für schuldig. Die zur Verhandlung geladenen Zeugen erkannten in keinem der auf der Anklagebank sitzenden Zigeuner die Pferdediebe wieder. Bei der Nachprüfung der Personalien ergab sich folgender humoristischer Dialog: Vorsitzender: „Wie heißen Sie, wann und wo geboren?" „Das weiß ich nicht." Vorsitzender: „Sie wissen nicht, wie Sie heißen und wann Sie geboren sind?" Zeugin: „Woher soll ich das wissen. Das muß meine Mutter wissen. Unterwegs bin ich geboren. Wir Zigeuner sind ständig unterwegs." Vorsitzender: „Wo wohnen Sie?" Zeugin: „Überall." Vorsitzender: „Wer brachte die gestohlenen Pferde nach dem Lagerplatz?" Zeugin: „Mein Geliebter." Vorsitzender: „Wie heißt er?" Zeugin: „Das weiß ich nicht, ich wechsle häufig und frage nicht, wie sie heißen." — Nach Schließung der Beweisaufnahme plädierte der Staatsanwalt auf Bestrafung der Angeklagten. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Wiśniewski, beantragte Freisprechung der Angeklagten, da die denselben in der Anklageschrift vorgeworfenen Straftaten nicht nachgewiesen wären. Nach kurzer Beratung fällte das Gericht ein freisprechendes Urteil. * *

‡ **Ein Schwindler?** Bei verschiedenen hiesigen Kauf- und auch Privatleuten erschien dieser Tage ein angeblich aus Danzig stammender Herr, der dort einen Hypothekenbrief des ehemals von Wolffschen Majorats in Wolffserbe (Gronowo) gekauft haben will. Da er ihn hier zu Geld machen wollte, was ihm angeblich nicht gelang, sei er in Verlegenheit gekommen und bäte um ein Darlehn zwecks Rückreise nach Danzig. In einem Geschäft in der Brückenstraße (ul. Mostowa) markierte er sogar einen epileptischen Anfall und warf sich zu Boden. Als der bestürzte Inhaber ihn darauf mit Wasser begoß, erhob er sich sofort und verschwand eiligst. Dasselbe Manöver machte er in einer Wohnung der Graudenzerstraße (ul. Grudziązka) und hier „kam er wieder zu sich", als er den Auftrag hörte, telephonisch die Rettungsbereitschaft anzurufen. In einem anderen Hause der Brückenstraße hat der Betreffende wahrscheinlich die Telephonleitung im Hausflur durchschnitten, bevor er sein Anliegen vorbrachte. Dies alles macht sein Auftreten sehr verdächtig, so daß ihm gegenüber größte Vorsicht geboten erscheint. Es steht wohl außer Zweifel, daß er nur deutschstämmige Personen aufsucht, über deren Verhältnisse er anscheinend bestens informiert ist. * *

*

t **Podgorz** (Podgórz) bei Thorn, 14. September. Spurlos verschwunden ist die 78 Jahre alte geisteskranke Frau Marjanna Wudarska, die zuletzt mit schwarzem Kleid, schwarzen Schuhen und weißem Kopftuch bekleidet gesehen worden ist. Zweckdienliche Angaben über ihren Verbleib werden an die hiesige Polizei erbeten.

Aufgeklärter Raubüberfall.

* **Berent** (Kościerzyna), 14. September. Seine Aufklärung gefunden hat der in der Nacht zum Freitag verübte Raubüberfall in der Wohnung der Frau Stefanja Trzebiatowska in Trzebuń hiesigen Kreises, bei dem 7300 Złoty Bargeld geraubt wurden. Die Täter sind der 27 Jahre alte Paweł Lepak, der 26jährige Franciszek Saldat und der 30jährige Rudolf Rzepiński, sämtlich von hier. Sie gestanden den Raub ein und gaben auch das Versteck der Beute an, die in etwa 200 Meter Entfernung von der Wohnung des Rz. vergraben aufgefunden wurde. Die Beraubte hat alles restlos zurückerhalten. Bei der bei Rz. erfolgten Haussuchung wurden noch etwa fünfzehn Kilogramm Schmalz, eine Flinte, zwei Dietriche und ein Dolch gefunden, die aus anderen von diesem verübten Diebstählen stammen. Rz. ist bereits fünf Mal wegen Diebstahls vorbestraft.

Ein Fuhrwerk vom Zuge überfahren
weil die Schranken nicht geschlossen waren.

ef **Goßlershausen** (Jabłonowo), 14. September. Vom Zuge überfahren wurde das Gefährt des Landwirts Kulmann aus Bliesen. Das Pferd wurde vom Zuge erfaßt und sofort getötet, der Wagen wurde zertrümmert, während es K. gelang, sich durch rechtzeitiges Abspringen zu retten. Die Schuld an dem Vorfall trifft den Bahnwärter, der die Schranken nicht geschlossen hatte.

---

ef **Briesen** (Wąbrzeźno), 14. September. Feuer brach in einem, dem Landwirt Kuźmy in Drückenhof gehörenden, Einwohnerhause aus. Es gelang jedoch, den Brand rechtzeitig zu lokalisieren, so daß größerer Schaden verhütet wurde. Verbrannt sind lediglich einige Möbel. — Ertrunken ist der 30jährige Alojzy Rogowski aus Ludwichowo, als er auf dem Orzechowoer See Kahn fuhr. Seine Leiche konnte von Fischern geborgen werden.

d **Gdingen** (Gdynia), 14. September. Schwer verletzt wurden gestern im Hafen an der Biegung beim Tabakmagazin zwei bisher unbekannte Personen, die mit einem Motorrad gegen einen Mast fuhren. Das Rad wurde zertrümmert. Beide Insassen wurden in bedenklichem Zustande ins Krankenhaus gebracht. — Ertrunken ist bei einer Bootfahrt der Schlosserlehrling Joh. Pelpliński. Seine Leiche konnte geborgen werden.

h **Gorzno** (Górzno), 13. September. Heute in aller Frühe brach ein Feuer bei dem Hausbesitzer Zawacki in der Strasburger Vorstadt aus. Verbrannt ist das hintere Gebäude. Das Frontgebäude konnte erhalten werden. — In der Nacht zum letzten Sonntag wurde dem Fleischbeschauer Murawski in der Langenstraße ein Fahrrad gestohlen. — Der kalendarisch verzeichnete Jahrmarkt fand bereits heute statt. Da viele Landleute von der Verlegung nichts wußten, war der Markt heute weniger gut beschickt und auch schlecht besucht. Gute Milchkühe kosteten 120—150 Złoty, alte Tanten 60—90 Złoty, Jungvieh 50—100 Złoty, Pferde wurden überhaupt nicht gehandelt.

tz. **Konitz** (Chojnice), 14. September. Zu unserem gestrigen Artikel über den Vorfall in der Bahnhofstraße erhalten wir heute Informationen, die die Angelegenheit in einem etwas anderen Licht erscheinen lassen. Der Beteiligte Kaak soll danach stark angeheitert gewesen sein, so daß er von seinen Kameraden geführt werden mußte. Als die drei Herren an dieser Gruppe, etwa acht jungen Leuten, vorbeigingen, soll K. ziemlich laut skandaliert haben. Die Herren ermahnten ihn zur Ruhe. K. ließ sich aber nicht beruhigen, sondern gab ungehörige Antworten, die den Starosten veranlaßten, die jungen Leute aufzufordern, mit zur Polizei zu kommen. Der Starostenstellvertreter hat dann am Montag K. wegen ruhestörenden Lärms zu drei Tagen Haft verurteilt. — Der Verband deutscher Katholiken, Ortsgruppe Neukirch, veranstaltete am Sonntag im Park des Herrn Stumpf, Sternau, sein Sommerfest. Durch den nachmittag um 4 Uhr einsetzenden Regen wurde das Fest sehr gestört, so daß beschlossen wurde, es im Wittschen Saale fortzusetzen. Bei Tanz und Belustigungen verlief das Fest sehr harmonisch und schön. — Bei der Besitzerfrau Schwemin, Petztin, brachen Diebe in die Schlafkammer der Knechte ein und stahlen dort Anzüge, Stiefel, Uhr u. a. Sachen. Sie konnten unbemerkt entkommen.

Graudenz.

Kirchl. Nachrichten.
Sonntag, d. 18. Sept. 1932 (17. Sonntag n. Trinitatis)
Evangel. Gemeinde Graudenz. Vorm. 10 Uhr Pfr. Dieball, 11½ Uhr Kindergottesdienst, abds. 8 Uhr Missionsabend im Gemeindehause, Missionar Löner Persien. Montag, abds. 8 Uhr Jungmädchenverein, 8 Uhr Jungvolk-Heimabend, Dienstag, ab. 8 Uhr Posaunenchor, Mittwoch, abds. 6 Uhr Bibelstunde, 8 Uhr Kirchenchor, 8 Uhr Jungvolk-Heimabend Donnerstag, abends 8 Uhr Jungmänner-Verein.
Rehden. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, ½12 Uhr Kindergottesdienst, nachm. ½3 Uhr Jungmädchenverein.
Mokrau. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, dan. Kindergottesdienst, nachm. 2 Uhr Jungmädchenverein.
Klodtken. Nachm. 6 Uhr Andacht.
Wittenburg. Vormittag ½10 Uhr Gottesdienst, dan. Kindergottesdienst, Jungmädchenverein.

Thorn.

Kirchl. Nachrichten.
Sonntag, d. 18. Sept. 1932 (17. Sonntag n. Trinitatis)
Altstädt. Kirche. Sonnabend Wochenendandacht, Pfarrer Heuer, Sonntag, vormitt. 12 Uhr Kindergottesdienst.
St. Georgen - Kirche. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, Pfarrer Steffani, 11¼ Uhr Kindergottesdienst, Dienstag, abds. 7¼ Uhr Lichtbildervortrag über Orient-Blindenmission. Missionar Loedner, Mittwoch, nachm. 3 Uhr Kinderstunde, abds. 7 Uhr Bibelstunde im Konfirmandenzimmer.
Evgl.-luther. Kirche. Bachestr. (Strumykowa) 8 Vormitt. 10 Uhr Predigtgottesdienst, Past. Brauner
Gurske. Vorm. 10 Uhr Gottesd., Sup. Herrmann
Gr. Nessau. Nachmittag 3 Uhr Gottesdienst, Pfr. Herrmann.
Ostrometzko. Vormitt. 10 Uhr Gottesdienst, dan. Kindergottesdienst.
Tuchel. Vorm. 10 Uhr Lesegottesdienst.

tz. **Konitz** (Chojnice), 14. September. Ertrunken ist in einer Torfgrube der 8jährige Alois Kukliński aus Kliczkowy, Kreis Konitz. Es konnte nicht festgestellt werden, wie das Kind hineingefallen ist. Die Vermutung liegt aber nahe, daß es, wie schon oft, dort angelte, und dabei aus eigener Unvorsichtigkeit verunglückte.

p. **Neustadt** (Wejherowo), 14. September. Rückgängig gemacht ist die Jagdverpachtung am 18. d. M. in Reda. — In dem Badeorte Karwen wurden einem Sommergast aus Warschau aus seiner Wohnung drei Radiolampen im Werte von 300 Złoty entwendet. — Dem Schneider Adamski hier wurden Anzugstoffe für 313 Złoty gestohlen. Es stellte sich bald heraus, daß ihm diese ein Hausierer fortgenommen hatte, weil ihm Adamski einen größeren Geldbetrag schuldete. Waren und Akten wurden dem Gericht zur weiteren Disposition übergeben.

* **Stargard** (Starogard), 13. September. Ein Blitz schlug während des letzten Gewitters in die Scheune des Landwirts Felix Tuszyński in Wilcze-Błoty hiesigen Kreises und legte sie völlig in Asche. Der Schaden von 3000 Złoty ist zu zwei Drittel durch Versicherung gedeckt.

d **Stargard** (Starogard), 14. September. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde die Abdeckerei an Herrn Widzki für die Jahrespachtsumme von 450 Złoty abgetreten. Zum Armenvorsteher des 16. Bezirks wurde an Stelle des Herrn Bobins Herr Kaufmann Bożyszkowski gewählt. Genehmigt wurde der Plan der Planierungsarbeiten. Der Antrag, um das Stadion eine Umfriedung zu errichten, wurde abgelehnt.

*** Terespol, 14. September. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich Montag vormittag auf der Chaussee nach Tuchel (Tuchola) zwischen Plewno und Bramka hiesigen Kreises. Hier wurde der Briefträger Anastazy Zieleniewski von der Postagentur Przysiersk durch ein Lastauto überfahren und auf der Stelle getötet. Die Polizei hat eine Untersuchung eingeleitet.**

÷ **Tuchel** (Tuchola), 13. September. Auf einen gewissen Baszanowski aus Groß-Schliewitz (Śliwice), Kreis Tuchel, hatten es zwei Arbeiter aus Osowka abgesehen, als B. per Rad von Schliewitz nach Osowka fuhr. Kurz vor O. wurde B. von ihnen überfallen und ausgeplündert. Nachdem sie ihm seinen Browning und seine Taschenuhr abgenommen hatten, durchstöberten sie seine Taschen und fanden 0,65 Złoty in einer Manteltasche und 10 Złoty in der hinteren Hosentasche. Die Polizei hat noch am selben Tage die Täter verhaftet. — Wieder wurde auf dem Felde des Ackerbürgers G. Wegner dicht an der Chaussee zwischen Tuchel und Bladau ein Urnengrab gefunden. Leider gingen bei den Bergungsarbeiten beide Urnen, die sich darin befanden, in Trümmer. — Das stürmische und regnerische Wetter hielt heute viele Landleute vom Marktbesuch ab, der daher nur etwa mittelmäßig war. Das Pfund Butter wurde mit 1,30—1,40 und die Mandel Eier mit 1,40—1,45 verkauft.

Die innenpolitische Lage in Danzig.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 14. September 1932.

Auf Donnerstag, 15. September, nachmittags, ist nach langer Pause, auf Grund eines Einberufungsantrags der SPD, der Volkstag wieder einmal zu einer Sitzung zusammenberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen nicht weniger als 19 Punkte, u. a. auch verschiedene Anträge der SPD auf Aufhebung von Rechtsverordnungen des Senats. Der angekündigte Antrag der Nationalsozialisten auf Auflösung des Volkstages und Ausschreibung von Neuwahlen aber ist noch immer nicht im Volkstag eingegangen. Trotz aller Erklärungen der Nationalsozialisten, daß sie die für die Einbringung des Antragess benötigten 15 Unterschriften bereits hätten, wird das in weiten politischen Kreisen bezweifelt. Auf jeden Fall müssen Gerüchte zurückgewiesen werden, daß die fehlenden zwei Stimmen von Abgeordneten des Blocks der nationalen Sammlung geleistet worden seien. Das wird vom Block kategorisch in Abrede gestellt. Die Fraktion des Blocks hat einen alle ihr angehörigen Abgeordneten bindenden Beschluß gefaßt, die fehlenden Unterschriften nicht zu geben und auch, schon mit Rücksicht auf die außenpolitische Lage, einem Auflösungsantrag im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zuzustimmen.

Die Deutschnationalen haben sich gleichfalls gegen Unterschriftenhilfe und Volkstagsauflösung ausgesprochen und sich einhellig hinter den Präsidenten Ziehm gestellt.

Es kursieren auch Gerüchte über einen geplanten Mißtrauensantrag gegen die Regierung. Aber auch ein solcher Antrag bedarf 15 Unterschriften.

Bleibt die Frage, was wird mit den Anträgen der SPD zur Aufhebung von Rechtsverordnungen des Senats, für welche die NSDAP mitverantwortlich ist als die Regierung bis dahin unterstützende Partei. Es ist kaum noch mit Sensationen bezüglich der Auflösung in der kommenden Volkstagssitzung zu rechnen, da ein Auflösungsantrag 8 Tage vor der Verhandlung in den Händen der Abgeordneten sein muß.

Farmer-Revolte in U.S.A.

Die verzweifelte Lage der amerikanischen Landwirtschaft.

In den ländlichen Bezirken des amerikanischen Mittelwestens spielen sich zur Zeit Ereignisse ab, wie sie in der Geschichte der USA. noch niemals zu verzeichnen waren. In den Staaten Jowa, Nebraska, Norddakota, Minnesota, Wisconsin und Illinois kam es zu einer Farmerrevolte, die sich in erster Linie gegen das Handelsomonopl der großen landwirtschaftlichen Trsts richtet.

Fast der gesamte Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen befindet sich in Amerika in den Händen einiger mächtiger Gesellschaften, die ihr Ein- und Verkaufsnetz über das ganze Land ausdehnten. Es bestehen zwar in USA. Antitrustgesetze, die den Schutz des kleinen und mittleren Unternehmens und des Farmers vor den Übergriffen des Monopolkapitals bezwecken, und die Bildung großer monopolistischer Unternehmungen in der Industrie und Landwirtschaft untersagen. Ähnlich wie die Prohibitionsgesetze blieben auch diese Maßnahmen nur auf dem Papier. Im ganzen Lande hat die Bevölkerung keine Möglichkeit, Milch, Butter, Eier und sonstige landwirtschaftliche Produkte unmittelbar von dem Farmer zu beziehen. Der gewaltige Handelsapparat der Trusts schaltete sich zwischen dem Erzeuger und Verbraucher ein. Die Trusts, die den Markt beherrschen, verstehen es, den Einkaufspreis auf einen lächerlich niedrigen Stand herabzudrücken, und die eigene Verdienstspanne zu Ungunsten der Konsumenten in die Höhe zu treiben. So bekommt der Farmer im amerikanischen Mittelwesten für einen Liter Milch den Durchschnittspreis von etwa 1½ Cents (sechs Pfennige), während die Hausfrau in dem Verteilungsladen des Milchtrusts etwa 12 Cents, d. h. beinahe 50 Pfennig dafür zu zahlen hat. In ähnlicher Weise gehen die Fleisch- und Getreide-Vertriebsgesellschaften vor. Für ein Schwein von ca. 400 Pfund Gewicht bekommt der Farmer heute etwa 3½ bis 4 Dollar, d. h. einen knappen Cent für ein Pfund Lebendgewicht. Es ist klar, daß bei solchen Preisen für ihre Produkte die amerikanischen Farmer nicht einmal die Steuergelder herauszuwirtschaften vermögen.

Diese Sachlage führt zwangsläufig zu einer katastrophalen Entwertng des landwirtschaftlichen Bodens. Eine Farm von etwa 160 Acres Bodenfläche, die 1928 einen Wert von ca. 40 000 Mark darstellte, wird heute im besten Falle mit 12 000 Mark bewertet, und findet auch für diesen geringen Preis keinen Käufer. Die Amerikanische Regierung und vor allem das Federal Farmer Board machte verzweifelte Anstrengungen, um das Preisniveau erträglicher zu gestalten, und den unter der erdrückenden Schuldenlast schmachtenden Farmerwirtschaften durch Steuerstundung und Kreditgewährung zu Hilfe zu kommen. Doch konnte es nicht verhindert werden, daß Tausende und Abertausende von kleineren und mittleren Grundbesitzern ruiniert wurden.

Neben dem Preissturz und der Wuchertätigkeit der Trusts bildet die einseitige Produktionseinstellung der amerikanischen Landwirtschaft eine weitere Ursache ihres Niederganges. Während in manchen Agrargebieten nur noch Weizenwirtschaft betrieben wird, beschäftigen sich die Farmer in anderen Gegenden ausschließlich mit Viehzucht. So gilt z. B. der Staat Montana als ausgesprochener „Schweinestaat", und Minnesota ist im amerikanischen Volksmunde als „Butterstaat" bekannt. Diese Einseitigkeit, die mit der Überrationalisierung der Produktion Hand in Hand ging, hatte zur Folge, daß die Farmerwirtschaften in der heutigen Krisenzeit nicht mehr in der Lage waren, sich der veränderten Marktlage anzupassen. Es kam so weit, daß in vielen Gegenden die Farmer außer Stande waren, während der Erntezeit die landwirtschaftlichen Maschinen und Traktoren in Gang zu halten, da die Betriebsstoffkosten ihnen zu hoch waren. Infolgedessen erlebte in vielen Orten Amerikas das früher verschmähte Pferd eine neue Renaissance.

Diese verzweifelte Lage führte zum Ausbruch offener Feindseligkeiten seitens der Farmerbevölkerung. Die Ausschreitungen begannen in dem Staate Jowa, wo die Farmer die Belieferung der Trusts mit landwirtschaftlichen Produkten verweigerten. Darüber hinaus versuchten sie mit Gewalt, die mit Lebensmittelprodukten beladenen Eisenbahnzüge und Lastautomobile aufzuhalten und somit die Versorgung der Städte durch die Vertriebsgesellschaften zu vereiteln. Im Staate Nebraska wurden auf diese Weise zahlreiche Züge mit lebenden Viehtransporten zum Halten gebracht. Das Vieh wurde aus den Waggons herausgetrieben, worauf die leeren Züge ihre Fahrt fortsetzen durften. In ähnlicher Weise wurde mit Milchzisternen verfahren. Die Milchladung floß in den Eisenbahngraben, und nur noch leere Zisternen trafen im Bestimmungsort ein.

Die amerikanische Öffentlichkeit ist dieser Farmerbewegung gegenüber freundlich gestimmt. In dem Kampfe gegen die rücksichtslose Ausnutzung der Farmer durch die Trusts steht die öffentliche Meinung Amerikas auf der Seite der verelendeten und ausgebeuteten Farmer. Da jeder Tag des Farmerstreiks den Vertriebsgesellschaften ungeheure Verluste einbringt, wird in Amerika allgemein damit gerechnet, daß die Trusts auf ihre Monopolstellung verzichten und sich zu einem für die Farmer tragbaren Kompromiß bereit erklären werden. M. A.

Schlechte Aussichten für Hoover.

Newyork, 13. September. (WTB.) Im Staate Maine fanden gestern Gouverneurs- und Kongreßwahlen statt. Mit Ausnahme von 50 Stimmbezirken steht zur Stunde die Verteilung der demokratischen und republikanischen Stimmen bereits fest. Die Demokraten führen in diesem traditionell republikanischen Staat mit 639 Mandaten. Der Demokrat Brunn hat gegenüber dem republikanischen Gouverneurskandidaten Burleigh Martin einen Vorsprung von 1300 Stimmen. Sollten die 50 noch ausstehenden Bezirke keine grundlegende Verschiebung bringen, so würde der Staat zum erstenmal seit 18 Jahren einen demokratischen Gouverneur erhalten.

In politischen Kreisen wird das starke Anwachsen der demokratischen Stimmen auf die Popularität Roosevelts zurückgeführt, dessen Präsidentschaftskandidatur man heute, nach den ersten Auswirkungen in Maine, mehr denn je als glücklichen Schachzug begrüßt. „Wie Maine wählt, wählt das ganze Land", erklärt man.

Alle höheren Schulen Pommerns geschlossen

Weitere Ausdehnung der spinalen Kinderlähmung.

Die spinale Kinderlähmung ist in Pommern in diesem Jahre stärker aufgetreten als in früheren Jahren. Die Krankheit machte sich zunächst während der Sommerferien in Vorpommern, besonders in Pasewalk, bemerkbar. Während aber hier die Seuche bald abflaute, wurde später aus allen Teilen der Provinz das Auftreten der Krankheit gemeldet. Zuerst mußten sich die Behörden im Kreise Lauenburg dazu entschließen, sämtliche Schulen zu schließen. Auch in Stettin wurden einige Fälle bekannt. Obwohl die Ärzte erklärten, daß kein Anlaß zur Beunruhigung vorliege, entschlossen sich die Schulbehörden doch Ende voriger Woche zur Schließung sämtlicher Schulen, da die Beunruhigung unter den Eltern immer mehr zunahm. Auch auf Rügen wurden sämtliche Schulen geschlossen.

Nunmehr hat das Provinzialschulkollegium für die gesamte Provinz Pommern eine Vorverlegung der Herbstferien für die höheren Schulen der Provinz angeordnet, und zwar sollen die Schulen vom 15. September bis zum 3. Oktober geschlossen bleiben.

Die Schulverwaltung der Stadt Köslin will auch ihrerseits eine Schließung der Schulen anordnen. Aus Stralsund wird neuerdings ein Todesfall gemeldet. Bisher wurde hier jedoch erst eine Klasse der Volksschule geschlossen. Auch in Demmin sind in letzter Zeit mehrere Fälle spinaler Kinderlähmung vorgekommen, so daß auch hier einige Schulen geschlossen werden mußten. Auf Rügen sind 26 Fälle spinaler Kinderlähmung festgestellt worden, wovon vier Fälle tödlich verliefen. In Stettin sind 18 Fälle amtsärztlich festgestellt, wovon zwei tödlich verliefen. Von der Schließung der Schulen in Stettin sind die Berufsschulen und die Wahlschulen nicht betroffen.

Segelwettfahrt

um das „Blaue Band" des Müskendorfer Sees.

tz **Konitz**, 14. September.

Das „Blaue Band des Müskendorfer Sees" — das war die Parole, die am letzten Sonntag alle Segler hinauslockte. Sonnenbeschienen lag der See da, eingerahmt von dunklen Wäldern, mit langen Schaumstreifen geziert, die dem erfahrenen Segler zeigen, daß es heute Arbeit geben wird. Nach und nach finden sich Gäste und Segler auf dem Seesteg ein. Die Boote liegen schon aufgetakelt an ihren Halteseilen. Windstärke 5, Südwestwind, das verspricht eine schöne, interessante Fahrt zu werden. Ein Boot nach dem anderen wirft ab und mit brausender Fahrt geht es los. Von Westen grüßt der Schloßberg in sommerlichem Grün herüber, die kleine Insel ist schnell passiert und mit weit ausgelegtem Segel geht es an der Waldspitze und Funkermühl vorbei in den großen See. Forsthaus Funkermühl bleibt verstohlen hinter dunklen Fichten hervorlugend zurück. Jetzt sind wir an der breitesten Stelle des Sees. Hier auf 2½ Kilometer Breite wird der Wind nicht mehr von Wäldern abgedeckt, sondern kann sich nach Herzenslust austoben. Mit voller Kraft schießt das Boot durch die rollenden Wellen, ab und zu einen kräftigen Spritzer übernehmend. Aber das schadet nichts, das bringt erst die richtige Stimmung auf, das macht einem das Herz weit, daß man aufjauchzen möchte vor stolzem Kraftgefühl, Boot und Wasser zu meistern. Eine große Schar wilder Enten braust mit schnellem Fluge ab, Schwärme von tausenden von Staren schwirren vorüber und schnell nähern wir uns der großen Insel. Bachhorst bleibt rechts im warmen Sonnenschein liegen und wir schießen durch den schmalen Wasserarm in den dritten Teil des Sees. Jetzt heißt es aufpassen. Hier wird der Wind von allen Seiten abgedeckt und er kommt deshalb bald von Norden, bald von Süden, bald von Westen. Schnell sind wir auch hier durch und mit ¾ Wind nehmen wir Richtung auf das rote Ziegeldach des Schulhauses in Klein-Schwornegatz, das uns aus dem bewaldeten Ufer entgegenwinkt. Gerade dieser Teil des Sees ist der Schönste. Rechts das hohe Ufer mit Nadel- und Laubholz, zwischen durch ein im Schweizerstil gebautes Häuschen, links die weite Ausbuchtung des Sees mit der Brahemündung und den dichten Wäldern, die sich bis Zechlau hinziehen. Noch eine kurze Strecke und mit elegantem Bogen legen wir in Klein-Schwornegatz bei der Brahebrücke an.

Nach und nach kommen auch die anderen Segler an, ein kleiner Imbiß wird eingenommen und bald heißt es wieder: „Fertig machen zum Start ums Blaue Band!" Stehender Start ist vorgeschrieben. Alle Boote hissen die Segel und legen sich am Ufer fest. In zwei Minuten Start. Noch eine, eine halbe, dann — los! Mit einigen kräftigen Stößen macht man das Boot vom flachen Ufer frei, das Schwert wird heruntergelassen und mit festangezogenem Segel beginnt der Kampf, ein wirklicher Kampf. Der Wind ist stärker geworden, gut Windstärke 6. Scharf krängend schießt das Boot durch die anrollenden Wellen, die hohe Spritzer über Boot und Mannschaft schleudern. Ein Kreuzschlag und wir erreichen glücklich die große Insel. Und jetzt geht es erst richtig los, bis jetzt schien es nur Spaß. Der Wind wird zum Sturm, Stärke 7—8, ein Brecher nach dem anderen fegt über einen hinweg, das Boot legt sich soweit über, daß die Relingleiste ins Wasser gedrückt wird, es stampft gegen Wellen und Sturm. Es gibt fast kein Vorwärtskommen mehr. Da kommt von Süden her eine graue Regenböe angefegt. In wenigen Minuten ist sie da mit Windstärke 9. Sie peitscht den Regen herunter, daß man denkt, das Segel werde durchlöchert. Von dem Ufer ist nichts mehr zu sehen, nur schwarze, langanrollende Wellen von über einem Meter Höhe mit langen Schaumkämmen brausen heran und zeigen den See in einer Gestalt, wie ihn die Segler nur selten sehen. Einige Boote werden von den Wellen ans Ufer geworfen und sie warten dort das Ärgste ab. Die anderen kämpfen sich durch und sie erreichen das Ziel, den Klubsteg in Müskendorf.

Es war eine Fahrt, so spannend, so schön in dem Kampf mit Wellen und Sturm, daß sie allen Teilnehmern noch lange im Gedächtnis bleiben wird, eine Fahrt, die Zeugnis ablegt von dem seglerischen Können der Segler, eine Fahrt, die die Seefestigkeit der Boote bewies.

Kleine Rundschau.

Die Kronjuwelen Maximilians.

In der weltlichen Schatzkammer der Wiener Burg kann man noch heute die Überbleibsel der kurzen Kaiserherrlichkeit Maximilians, des Bruders Kaiser Franz Josephs betrachten. Der größte Teil der kaiserlichen Insignien ist dort vereint. Nur ein Teil der Kronjuwelen verblieb in Mexiko. Seit dem Jahre 1911 jedoch liegen sie auf dem Grunde des Ozeans. Das ist so gekommen: Freunde des mexikanischen Präsidenten Porfirio Diaz suchten nach dessen Sturz ihr Heil in der Flucht, wobei sie einen Teil des Staatsschatzes, darunter auch Maximilians Juwelen mitnahmen. Sie schifften sich auf dem Dampfer „Merida" ein, der auf dem Wege von Vera Cruz nach Newyork am 12. Mai 1911 im Nebel mit einem Frachtdampfer zusammenstieß und mit Mann und Maus unterging. Außer den Schätzen, die sich in den Händen der geflüchteten Mexikaner befanden, waren vier Millionen Dollar in Gold unter der Schiffsladung. Es ist begreiflich, daß man wiederholt den Versuch machte, sich der kostbaren Ladung wieder zu bemächtigen. Zwei Expeditionen, die die Lagestelle des Wracks feststellen sollten, blieben ergebnislos. Erst die dritte konnte nach monatelangem Suchen und endlosen Lotungen die „Merida" in einer Tiefe von 65 Metern feststellen. Mit Hilfe der Erfahrungen der Taucher, die die Goldtresors des untergegangenen englischen Linienschiffes „Egypt" ihres Inhalts entleert haben, hofft man nun, trotz der großen Tiefe auch die Schätze der „Merida" wieder heben zu können. Die Arbeiten sollen bereits in einigen Wochen beginnen.

Die Vorgänge in Deutschland

im Spiegel der polnischen Presse.

Bis jetzt haben nur wenige polnische Blätter zu der Auflösung des Reichstages und dem Konflikt zwischen diesem und der Reichsregierung Stellung genommen, da der größte Teil der polnischen Presse ihren Raum hauptsächlich dem Tod der beiden Flieger, Żwirko und Wigura, und der grausamen Katastrophe bei Teschen gewidmet hat. Vorläufig liegen nur die Stimmen des „Kurjer Poranny", des „Robotnik" und des „Kurjer Poznański" vor.

„Die Deutschen haben", so heißt es u. a. im **„Kurjer Poranny"**, der seine sich mit Deutschland befassenden Artikel stets mit ungewöhnlichen Kraftausdrücken zu würzen pflegt, „einen tadellosen Ausdruck: „Einführung in die Tragikomödie", mit dem man einen Aufsatz über die gegenwärtigen Zustände in Deutschland überschreiben könnte. Denn es vollzieht sich im deutschen Reiche gerade diese Einführung in die Tragikomödie, und heute kann niemand sagen, ob es sich hier um eine Tragödie oder um eine Komödie handelt.

Soweit es sich um den im Reichstag gespielten Akt handelt, so wurde er von zwei Regisseuren in Szene gesetzt: dem Reichskanzler von Papen, der seit langem mit der Reichstagsauflösung drohte, jedoch die schwache Hoffnung hatte, daß diese Erpressung dem Reichstage den Mut nehmen werde, die Kampfarena gegen die Regierung von Papen zu betreten, hinter dem der verdienstvolle und vergötterte Feldmarschall von Hindenburg steht. Gleichzeitig übertrugen die Nationalsozialisten die Regisserie dieses Aktes ihrem Reichstagspräsidenten Herrn Goering, der jedoch zum Schluß des Aktes sich schändlich bloßstellte, indem er gewissermaßen das Dekret des Reichspräsidenten schon durch die Tatsache sanktionierte, daß er die Sitzung des Reichstages unterbrach, womit er z. B. den Sozialdemokraten zeigte, daß den Nationalsozialisten die Absicht nicht fernliegt, mit einer Klappe zwei Fliegen zu schlagen: die gehaßte Regierung von Papen zu stürzen und den Reichstag zu kompromittieren. Jedenfalls ist vorläufig die Macht auf seiten des Reichspräsidenten von Hindenburg, um so mehr als die Nationalsozialisten wegen eines so nichtigen Grundes die Entfesselung eines Bürgerkrieges nicht wagen werden. Kann doch niemand daran glauben, daß die Nationalsozialisten den republikanischen Reichstag verteidigen wollen.

„Von Papen hat gezeigt, daß er den Reichstag vollkommen gering schätzt, daß er sich ausschließlich auf die Autorität von Hindenburgs stützt, daß die auf solche Autorität gestützte Diktatur eine Mehrheit in dem militärischen Volke finden müßte. Trotzdem hat das sogenannte Präsidialkabinett von 550 abgegebenen Stimmen nur 32 erhalten. Trotz aller mildernden Umstände ist diese Stimmenzahl verschwindend gering, und das Ansehen der Regierung nach innen und außen hat eine große Einbuße erlitten. Heute kann man nicht sagen, ob Minister Gayl nicht Recht haben wird, als er warnte, daß die Wahlen nur dann und unter der Bedingung stattfinden würden, wenn die Ruhe im Lande dies gestattet. Ob der Reichsinnenminister nicht mit dem Schein der Unruhe operieren wird, zu dem Zwecke, um die Reichstagswahlen zu vertagen, ist noch nicht bekannt. Eines ist sicher, daß in Deutschland ein Chaos herrscht."

Der sozialistische **„Robotnik"** bezeichnet ebenfalls in einem längeren Kommentar die letzten Vorgänge im Reich als ein Chaos und kommt zu folgenden Schlußfolgerungen: „Es handelt sich gegenwärtig in Deutschland um ein wahres Wettrennen zwischen der Regierung und dem Reichstage, einer will dem andern ein Bein stellen. Im Reichstage kompromittieren sich Regierung und der Präsident und machen sich lächerlich, doch außerhalb des Reichstages ist noch die Regierung Herr der Lage. Es verlohnt sich nicht, sich mit der Frage zu beschäftigen, wer in dem neuesten Konflikt Recht hat: Hitler und Papen kämpfen um die Macht, aber nicht um den Sieg des Rechts und der Verfassung. Übrigens sind seit dem Augenblick der Auflösung des vorigen Reichstages soviel Rechtswidrigkeiten (? — D. Rd.) begangen worden, daß eine die andere gebar, und das ganze Leben des heutigen Deutschland verläuft unter dem Zeichen der Rechtswidrigkeit (? — D. Rd.); die Verantwortung dafür tragen gemeinsam Hindenburg, Papen und Hitler. Der „Robotnik" schließt seinen Artikel mit der Behauptung, daß das fürchterliche Chaos, das gegenwärtig in Deutschland herrsche, einen revolutionären Sturm in sich berge.

Auch der nationaldemokratische **„Kurjer Poznański"** ist der Meinung, daß sich in Deutschland eine höchst dramatische Lage herausgebildet habe, und daß der weitere Verlauf der Ereignisse heute rätselhafter sei als zu irgend einer Zeit bisher.

Und nun — die Wahlurne!

Wahlrekorde einst und jetzt.

In Deutschland schreitet man jetzt zur fünften Großwahl in diesem Jahre. Zwei Reichstagspräsidentenwahlen, einmal Preußischer Landtag und zweimal Reichstag, die verschiedenen, kleineren Länderwahlen gar nicht mitgerechnet. Wenn man gar die Länderwahlen mitrechnet, ergibt sich noch eine viel höhere Zahl. Denn es wurde gewählt: zum Bayerischen, zum Württembergischen, zum Hessischen, zum Anhalter, zum Oldenburger und zum Mecklenburgischen Landtag; schließlich wurde auch die Hamburger Bürgerschaft neugewählt.

Deutschland hat also bisher vier große und sieben kleinere Wahlgänge in diesem einen Jahr 1932 hinter sich, und auch wer die Wahlen mehr vom „sportlichen" Gesichtspunkt aus betrachtet, wird nun langsam etwas Müdigkeit empfinden. Auf der Wahlolympiade führt Deutschland mit vielen Längen ... So weit man zurückblickt, man wird keine Parallele zu dieser Wahlinflation in Deutschland finden. Wahlrekorde hat es freilich schon früher gegeben, aber sie verblassen gegenüber dem Weltrekord von 1932.

Am meisten gewählt wurde in Deutschland der Nachkriegszeit im Jahre 1920. Damals wurden im Anschluß an die Reichstagswahl fast alle Länderparlamente erneuert, es gab insgesamt neun Wahlen, aber sie trugen einen ganz anderen Charakter als heute; es wurde vielfach nur nachgeholt, was während der vier Kriegsjahre versäumt worden war. Einen „unheilvollen Rekord" nannte man es im Jahre 1865, daß König Wilhelm I. von Preußen den Preußischen Landtag von seinem Regierungsantritt an im Jahre 1859 nicht weniger als neunmal aufgelöst hatte, hauptsächlich im Verlaufe des Militärkonfliktes und auf das Zuraten Bismarcks. Man bedenke: neunmal im Verlauf von sechs Jahren!

Einen recht häufigen Wechsel der Parlamente hatte auch Frankreich in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Allein vom Jahre 1870 bis 1900 wurde das Parlament nicht weniger als sechzehnmal gewählt. Das bedeutet aber noch gar nichts gegen den Wechsel der Ministerien. In derselben Zeit hatte Frankreich nämlich genau 40 verschiedene Ministerien. Es wäre eine Preisfrage, was nützlicher ist, ein Rekordwechsel der Ministerien oder der Parlamente? Der größte Rekord der französischen Parlamentsgeschichte während der dritten Republik ist das Jahr 1881 mit drei Wahlen! Wenn man die diversen Präsidentenwahlen hinzurechnet, die in Frankreich freilich durch einen besonderen, aus Mitgliedern der Kammer und des Senats gebildeten Kongreß vorgenommen werden, dann hat Frankreich in den 30 Jahren, also in einem knappen Menschenalter, von 1870 bis zur Jahrhundertwende es auf 27 Wahlgänge gebracht.

Auch das in parlamentarischer Hinsicht vorbildliche England hat seine allermeisten Parlamente aufgelöst, bevor die Dauer der jeweiligen Legislative zu Ende war. So gab es in England in dem Jahrzehnt von 1885 bis 1895 nicht weniger als vier Unterhäuser! Im Mittelpunkt der damaligen Streitigkeiten, die zur Auflösung führten, standen die Wahlreform und die Irenfrage.

Italien hat ebenfalls Rekorde in dieser Beziehung aufgestellt. Der eine von ihnen liegt noch gar nicht so lange zurück, er stammt aus dem Jahre 1922, in dem das Parlament dreimal aufgelöst wurde. Der andere stammt aus den Jahren 1875/77, in denen in Italien siebenmal gewählt wurde und zehn Ministerien purzelten! Man wird überhaupt bei den meisten Staaten mit einiger parlamentarischer Tradition die Beobachtung machen, daß sich der Wechsel der Parlamente zu dem der Ministerien wie 1:2 verhält Ganz beachtliche Rekorde wurden in parlamentarischer Hinsicht auch in Portugal aufgestellt, einem Land, in dem noch heute die Mehrheit der Bevölkerung weder lesen noch schreiben kann. In den Jahren 1896 bis 1907, die politisch besonders unruhig waren, folgten einander dreizehn Parlamentswahlen mit vierzehn verschiedenen Ministerien.

Den Weltrekord hält bis heute noch Mexiko. Vom Jahre 1867 bis 1911 hat kein einziges mexikanisches Bundesparlament ein Kalenderjahr überlebt! Noch böser waren die Wirren während der Bürgerkriege vom Jahre 1911 bis 1921. Es ereignete sich damals der Fall, daß ein Parlament gewählt wurde, das dann gar nicht zusammentreten konnte, weil inzwischen eine Revolution ausgebrochen war. Die Wahl in Spanien erfolgt meist unter wüstem Terror der jeweils herrschenden Gruppe.

In Südamerika sind die Parlamentswahlen gänzlich uninteressant und unwichtig gegenüber den Präsidentenwahlen. Aber auch hier haben sich nur wenige Präsidenten die volle Zahl von Jahren behauptet, auf die sie gewählt worden waren. Man kann die dortigen Verhältnisse um so weniger mit europäischen vergleichen, als dort auch die Verfassungen selbst alle paar Jahre wechseln.

Aber schon aus den wenigen angeführten Beispielen, die sich aus der Geschichte natürlich mühelos verhundertfachen lassen, ersieht man, daß der Weltrekord Deutschlands im Jahre 1932 nicht ganz ohne Vorbilder ist. Man darf schließlich nicht übersehen, daß es in Deutschland seit dem Umsturz im ganzen nur sieben Reichstagswahlen gegeben hat, wenn man die Wahl zur Weimarer Nationalversammlung mit einrechnet. Sieben Reichstagswahlen in dreizehn Jahren sind für ein parlamentarisch regiertes Land gewiß nicht wenig, aber auch nicht übermäßig viel.

Wie Reichstage starben.

Zehn Auflösungen seit der Reichsgründung.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Seit der Reichsgründung geschah es jetzt zum zehnten Male, daß der Reichstag vor Ablauf seiner Legislaturperiode aufgelöst wurde. Während des Kaiserreiches, vom 21. März 1871 ab, als der erste Reichstag zusammentrat, bis zum Jahre 1918 wurde viermal zu diesem Mittel gegriffen.

Der letzte Reichstag des Kaiserreiches fand bekanntlich im November 1918 ein gewaltsames Ende. Das überalterte Parlament — es tagte bereits seit 1912 — ging ohne jede Auflösungsorder auseinander. Während der Republik wurde das Parlament bis heute sechsmal vor der Zeit nach Hause geschickt. Viele dieser Reichstage hatten nur eine ganz kurze Lebensdauer. Der jetzt aufgelöste war mit seinen nur zwei Sitzungstagen indessen der kurzlebigste.

Während der Kaiserzeit vollzog sich der Auflösungsakt mit großer Feierlichkeit. Im entscheidenden Augenblick, als die Regierungsvorlage, um die der Kampf ging, gefallen war, erhob sich der Reichskanzler und zog aus der schon legendär gewordenen „roten Mappe" das Auflösungsdekret hervor. „Ich habe dem Hause eine kaiserliche Botschaft mitzuteilen." Mit diesen Worten begann er. Nun erhoben sich die Reichstagsmitglieder bis auf die Sozialisten, die den Saal verließen, und der Kanzler begann die Botschaft zu verlesen: „Wir, Wilhelm von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen, verordnen auf Grund des nach Artikel 24 der Verfassung vom Bundesrat unter Unserer Zustimmung gefaßten Beschlusses im Namen des Reiches, was folgt: Der Reichstag wird hierdurch aufgelöst. Urkundlich unter Unserer Höchsteigenen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel. Wilhelm." Hierauf schloß der Präsident die Sitzung. Der Reichstag war aufgelöst. Dies war die übliche Form. Die erste Reichstagsauflösung im Frühsommer des Jahres 1878 vollzog sich aber nicht nach dieser Form. Es geschah nach dem Attentat Hödels auf Kaiser Wilhelm I. Die Regierung wollte auf dieses Attentat hin ein Sozialistengesetz durchsetzen. Der Reichstag lehnte es jedoch mit großer Mehrheit ab. Nach dieser Ablehnung ging er in die Ferien.

Kurz darauf, am 2. Juni, folgte das zweite Attentat auf den Monarchen. Als Bismarck von dem Attentat erfuhr, rief er aus: „Jetzt habe ich sie (nämlich die Nationalliberalen, die das Sozialistengesetz nicht annehmen wollten), jetzt lösen wir den Reichstag auf!" Da jedoch der Reichstag nicht beisammen war, mußte die Auflösung unter ganz anderen Formalitäten geschehen. Am 6. Juni ersuchte Preußen den Bundesrat, den Reichstag aufzulösen. Bismarck begründete dieses Ersuchen mit den Attentaten und damit, daß es notwendig sei, Abwehrmaßregeln zu ergreifen. Fünf Tage später nahm der Bundesrat den Antrag an, und der Reichstag wurde aufgelöst.

Zwei folgende Reichstage starben den natürlichen Tod. Die zweite Reichstagsauflösung erfolgte um die Jahrhundertwende, 1886/87 (die Legislaturperiode des Reichstages betrug bis 1887 drei Jahre, dann bis zum Ende der Monarchie fünf Jahre). Der Grund zu dieser Auflösung war die Ablehnung des Septennats. Der Kanzler beabsichtigte, eine Heeresverstärkung durchzuführen. Er wollte, daß der Reichstag für sieben Jahre im voraus alles bewillige. Im Jahre 1881 wurde zwar ein Septennat bewilligt, aber der Kanzler wollte in Anbetracht der kritischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich nicht bis zum Ablauf dieser Bewilligung warten. Das Zentrum widersetzte sich dieser Bevollmächtigung. Es erklärte sich zwar bereit, „jeden Mann und jeden Groschen" zu bewilligen, aber nur für drei Jahre. Nach Beendigung der zweiten Lesung, als es sich herausstellte, daß die Regierungsvorlage nur auf die Zeitdauer von drei Jahren angenommen wurde, wurde der Reichstag aufgelöst. Am 6. Mai 1893 mußte der Reichstag wiederum aufgelöst werden. Bismarcks erster Nachfolger, Caprivi, hatte mit dem Parlament ebenfalls wegen einer Heeresverstärkung einen Konflikt. Da nun die Regierungsvorlage infolge der ablehnenden Haltung der Freisinnigen vom Reichstag abgelehnt wurde, griff Caprivi zu dem Mittel der Reichstagsauflösung. Eine der aufregendsten Reichstagsauflösungen der Kaiserzeit spielte sich im Jahre 1906 ab. Es ging um die Kolonialpolitik der Regierung. Das Zentrum lehnte die Nachtragsforderungen für die Kolonien ab. Die Regierungsvorlage kam mit nur zehn Stimmen Mehrheit zu Fall. Kanzler Bülow erschien nun mit der „roten Mappe" im Sitzungssaal und löste den Reichstag auf.

Am 13. März 1924 wurde der erste Reichstag der Republik aufgelöst. Reichspräsident Ebert begründete diese Maßnahme in seinem Auflösungsdekret folgendermaßen: „Nachdem die Reichsregierung festgestellt hat, daß ihr Verlangen, die auf Grund der Ermächtigungsgesetze vom 13. Oktober und 8. Dezember 1923 ergangenen und als lebenswichtig bezeichneten Verordnungen zur Zeit unverändert fortbestehen zu lassen, nicht die Zustimmung des Reichstages findet, löse ich auf Grund des § 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf. Der Reichspräsident. Ebert." Der neugewählte Reichstag war aber noch ungünstiger zusammengesetzt, und so blieb dem Kanzler Marx nichts anderes übrig, als am 20. Oktober desselben Jahres den Reichstag wieder aufzulösen. Auch der daraufhin gewählte Reichstag wurde vorzeitig am 31. März 1928 aufgelöst. Die Ursache der Auflösung waren die großen Schwierigkeiten, die der Rechtskoalition Marx-Keudell erwuchsen.

Der nun gewählte Reichstag lebte bis zum 18. Juli 1930, also nur zwei Jahre. An diesem Tage wurden Brünings Notverordnungen mit 15 Stimmen Mehrheit abgelehnt. Nach dieser dramatischen Abstimmung las Brüning Hindenburgs Auflösungsdekret vor: „Nachdem der Reichstag heute beschlossen hat, zu verlangen, daß meine auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassenen Verordnungen vom 16. Juli außer Kraft gesetzt werden, löse ich auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf." Den neu zusammengetretenen Reichstag löste dann Reichskanzler Papen vor drei Monaten auf. Den wieder gewählten Reichstag ereilte dann dieses Schicksal schon am zweiten Sitzungstage.

L. B.

Rundfunk-Programm.

Sonnabend, den 17. September.

Königswusterhausen.

06.20: **Konzert.** 11.00—12.00: Stunde der Unterhaltung. 12.00: Wetter. Anschl.: Klassische Tänze (Schallplatten). 14.00: Von Berlin: Konzert. 15.00: Kinderbastelstunde: Die Reiseausstattung des Herrn Pim. 15.45: Frauenstunde: Kartoffelsorgen der Hausfrau. 16.00: Prof. Lothar Schreyer: Eibe und Wacholder, eine kurturhistorische Plauderei. 16.30: Von Hamburg: Konzert. 17.30: Viertelstunde für die Gesundheit. 17.50: Diamantenbörse und Wasserbörse. 18.05: Musikalische Wochenschau. Frank Warschauer: Interessante Schallplatten aus aller Welt. 18.30: Dr. Johannes Günther: Der ewige Harlekin (VI) (mit hörszenischen Beispielen). 18.55: Wetter. 19.00: Englisch für Anfänger. 19.25: Prof. Eduard Bücken: Deutschlands schöpferischer Anteil an der Gestaltung der Stile (II). Die Musik. 19.45: Stille Stunde. Drei Türme. 20.00: Aus der Messehalle am Kaiserdamm: **„70 Jahre Verein Berliner Presse". Großes Funk-Potpourri.** Mitw.: Edith Lorand, Anny Konetzny, Maria Olszewska, Margherita Perras, Magda Schneider, Lotte Schöne, Grete Sedlitz, Georg Alexander, Willy Domgraf-Faßbaender, Walter Großmann, Gustaf Gründgens, Max Handen, Richard Tauber, Hans Reinmar, Joseph Schmidt u. a. Dirigenten: Leo Blech, Erich Kleiber, Prof. Max von Schillings, Eduard Künecke. Gesamtleitung: Cornelius Bronsgeest. In der Pause (21.00): Tages- und Sportnachrichten (I). 22.00: Wetter, Nachr., Sport (II). Anschl. bis 00.30: Tanzmusik.

Breslau-Gleiwitz.

06.20: Von Königsberg: Konzert. 11.30 ca.: Konzert. 13.05 ca. und 14.05: Schallplatten. 16.00: Kinderfunk. 16.30: Unterhaltungskonzert. 17.55: Das wird Sie interessieren. 18.20: Jugendschicksale in dieser Zeit. 18.45: Abendmusik. 20.00: Von Berlin: **70 Jahre Verein Berliner Presse.** Gr. Funkpotp. In einer Pause (21.00 ca.): Von Berlin: Abendberichte. 22.45 bis 24.00: Von München: Nachtmusik.

Königsberg-Danzig.

06.30: Konzert. 10.05: Schulfunkstunde. 11.30: Konzert. 13.30 bis 14.30: Schallplatten. 16.00: Von Danzig: Bastelstunde für unsere Kleinen. 16.30: Von Berlin: Konzert. 19.00: Weltwirtschaft oder Volkswirtschaft. 19.25: Autorenstunde: Walter Franke-Ruta. 19.55: Wetter. 20.00—00,30: Siehe Königswusterhausen.

Warschau.

12.45 und 13.35—14.10: Schallplatten. 15.10: Schallplatten. 16.05: Schallplatten. 17.00: Populäres Konzert. 18.20: Tanzmusik. 20.00: **Leichte Musik.** Funkorchester und Morawska, Mezzosopran. 21.10: Konzertfortsetzung. 22.05: Klaviervortrag. Kompositionen von Chopin. 22.50: Tanzmusik.

Wirtschaftliche Rundschau.

Der Getreidemarkt der Woche.

Die Haltung des internationalen Getreidemarktes war in der Berichtswoche schwankend und zurückhaltend. Die Preislage hat sich keineswegs gebessert. Nur vorübergehend gab es in Liverpool und Chicago Preiserholungen. Nach den jetzt bestehenden Aussichten darf wohl kaum angenommen werden, daß in nächster Zeit ein grundsätzlicher Umschwung zu erwarten ist. Noch immer beherrscht die Frage nach dem Umfang der vorhandenen Getreidebestände den Markt. Zwar wird die Spekulation nicht ganz unberechtigt von dem Gedanken geleitet, daß die große Flüssigkeit des Geldmarktes langsam aber sicher den Kreditmarkt entspannt und somit eine vorsichtige Anpassung des Angebotes an die Nachfrage erleichtert, d. h. daß das Angebot eine ausreichende finanzielle Stütze erfährt. Über das Angebot selbst aber ist man sich für die kommenden Wochen noch sehr im unklaren. Was den Weltweizenmarkt anbelangt, so lassen sich kaum wesentliche Faktoren zugunsten einer stärkeren Preiserholung finden. Bis jetzt steht fest, daß in Übersee lediglich die Vereinigten Staaten einen Ernterückgang zu verzeichnen haben. Nach den Schätzungen des Washingtoner Farmamtes sind aus der Winterweizenernte etwa 450 Millionen Bushel, aus der Frühjahrsernte 265 Millionen Bushel zu erwarten. Dies würde einem Rückgang von 20 Prozent gegenüber dem Vorjahre entsprechen. Trotzdem würde aber auch diese Ernte noch über dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre liegen. Aus alter Ernte sind immer noch beträchtliche Rückstände, die man mit 362 Millionen Bushel berechnet. Der amerikanische Ernteertrag kann auf die Weizen-Weltmarktlage keinen Einfluß haben, da Kanada im Gegensatz zur vorjährigen Mißernte, die nur etwa 250 Millionen Bushel betrug, eine selten günstige Weizenernte von 450 Millionen Bushel erwartet. In Europa erwarten Deutschland und Frankreich günstige Ernten. Frankreich glaubt mit 44 Millionen Quarters gegen 33 Millionen im Vorjahre zu rechnen, die ost- und südosteuropäischen Staaten dagegen haben weit schwächere Weizenernten. Polens diesjährige Weizenernte wird auf kaum mehr als 15 Millionen Quintale geschätzt, in England erwartet man eine Erntezunahme von 4,8 auf 5,4 Millionen Quarters, die Donau-Länder haben dagegen einen starken Rückgang zu beklagen. In Rumänien z. B. werden in diesem Jahre 9 statt 17 Millionen Quarters im vergangenen Jahre geerntet. Die russische Ernte ist noch nicht bekannt, sie wird aber günstiger ausfallen als im Vorjahre.

Der deutsche Markt war im allgemeinen ruhig. Es gab nur eine Sonderbewegung am Roggenmarkt, die auf die Ankündigung einer umfangreichen Stützungsaktion der Reichsregierung zurückzuführen war. Der Weizenmarkt dagegen war wesentlich schwächer, da die Mühlen kaum als Käufer auftreten, nur in den letzten Tagen gab es eine freundlichere Haltung am Weizenmarkt, da die aus dem Auslande, vornehmlich aus Liverpool einlaufenden Nachrichten über eine vorübergehende Erholung am internationalen Weizenmarkt günstig einwirkten.

Der polnische Markt brachte für Weizen immer noch nicht die erwartete Preisstärke. Einen besonderen Einfluß hat die überaus schwache Haltung des Roggenmarktes, der immer noch nicht die geringsten Anzeichen einer besseren Preisgestaltung verrät. Die günstige Roggenernte und die immer noch unzulänglichen Stützungsaktionen sind die Hauptursachen für die schwache Haltung. Etwas reger war die Nachfrage für Gerste.

Keine Statusänderung der Bank Polski.

Ausweis für die 1. Septemberdekade 1932.

Aktiva:	10. 9. 32	31. 8. 32
Gold in Barren und Münzen	272 863 893.96	270 855 570.56
Gold in Barren und Münzen im Auslande	206 335 673.17	206 335 673.17
Valuten, Devisen usw.		
a) deckungsfähige	47 200 767.03	46 908 306.59
b) andere	106 666 501.79	99 627 872.41
Silber- und Scheidemünzen	47 225 258.64	47 987 394.78
Wechsel	636 832 928.23	657 642 035.90
Lombardforderungen	116 073 559.76	119 107 115.89
Effekten für eigene Rechnung	13 403 695.87	13 750 898.74
Effektenreserve	92 196 722.56	92 196 722.56
Schulden des Staatsschatzes	90 000 000.—	90 000 000.—
Immobilien	20 000 000.—	20 000 000.—
Andere Aktiva	144 929 644.80	137 510 875.95
	1 793 728 645.81	1 802 222 466.55
Passiva:		
Aktienkapital	150 000 000.—	150 000 000.—
Reservefonds	114 000 000.—	114 000 000.—
Sofort fällige Verpflichtungen:		
a) Girorechnung der Staatskasse	4 328 608.07	3 968 208.93
b) Restliche Girorechnung	144 308 881.25	124 536 262.98
c) Konto für Silbereinkauf	—.—	—.—
d) Staatlicher Kreditfonds	—.—	—.—
e) Verschiedene Verpflichtungen	22 149 078.65	18 662 517.21
Notenumlauf	1 049 122 820.—	1 081 729 650.—
Sonderkonto des Staatsschatzes	—.—	—.—
Andere Passiva	309 819 257.84	309 325 827.43
	1 793 728 645.81	1 802 222 466.55

Die Deflationserscheinungen, die in den letzten Wochen der Ausgangspunkt der Politik der Bankleitung waren, werden dem vorliegenden Ausweis v. 10. September zufolge konsequent fortgesetzt. Konsequent insofern allerdings, als die Wirtschaftslage, der Produktionsprozeß und der Arbeitsmarkt schwerlich zunächst einen anderen Weg freilassen. Die Sicherheit der Währung ist oberstes Gesetz, an welchem die Bankleitung festhält, selbst bei der Gefahr der weiteren Erschwerungen für den Geld- und Kapitalmarkt. Dieser finanzpolitische Vorgang ist ferner noch deswegen bemerkenswert, als in anderen Ländern (besonders aber in U. S. A.) die Bekämpfung der Deflation als Ziel gesteckt wird.

Die Goldvorräte der Bank haben sich um 2,8 Mill. auf 479,2 Mill. Złoty erhöht. Die deckungs- und nicht deckungsfähigen Devisenbestände haben einen Zuwachs erfahren. Der steigende Ausfuhrüberschuß in der Handelsbilanz scheint hier hervorzutreten. Eingeschränkt wurde das Wechselportefeuille, und zwar um weitere 20 Millionen Złoty, auch das Konto der Lombardkredite weist einen Rückgang um 3 Mill. auf 116 Mill. Złoty auf. Alle anderen Aktiva haben sich um 7 Millionen auf 170,7 Mill. Złoty erhöht. Auf der Seite der Passiva sind die sofort fälligen Verpflichtungen um 28,6 Millionen auf 170,7 Millionen Złoty gestiegen. Der Notenumlauf wurde weiter eingeschränkt. In die Kassen der Bank sind 32,6 Millionen Złoty in Noten zurückgeflossen. Der Notenumlauf beträgt demnach nur noch 1049,1 Millionen Złoty.

Der Notenumlauf und die sofort fälligen Verpflichtungen sind mit Gold zu 39,28 Prozent gedeckt. Die Golddevisendeckung dieser Positionen beträgt 43,15 Prozent. Die Golddecke des Notenumlaufes allein beläuft sich auf 45,68 Prozent.

*

Eine Warschauer Mittagszeitung brachte die Nachricht, daß die Bank Polski in kürzester Zeit den Zinsfuß herabsetzen wird. Die Bank Polski dementiert diese Nachricht und erklärt kategorisch, daß die Angelegenheit der Herabsetzung des Diskontsatzes nicht aktuell sei. Gleichzeitig erklärt die Direktion der Bank Polski, daß sie die bisherige Politik auf dem Gebiete des Kredits und des Geldumlaufs beibehalten wird.

Der wirtschaftliche Umbau des britischen Imperiums.

Dr. Cr. Noch sind die Einzelheiten der in Ottawa abgeschlossenen Verträge zwischen England und den Dominien, sowie der Dominien untereinander, nicht bekannt. Der Verlauf der Verhandlungen aber, in denen der handelspolitische Standpunkt der beteiligten Länder, und besonders Englands, mit voller Deutlichkeit präzisiert worden ist, läßt erkennen, nach welchen Gesichtspunkten die wirtschaftliche Neuorganisation des britischen Imperiums erfolgen soll. Mitteleuropa und Polen haben allen Grund, die Beschlüsse von Ottawa besonders sorgfältig zu studieren, und auf ihre Folgen für den Außenhandel zu untersuchen. Denn die Zusammenhänge, die zwischen dieser neuen Handelspolitik Englands, die einen erheblichen Teil der Weltwirtschaft beeinflussen wird, und dem Außenhandel des übrigen Europas bestehen, liegen zwar nicht ohne weiteres auf der Hand, sind aber von kaum zu unterschätzendem Gewicht.

In großen Zügen ist das Ergebnis der Verhandlungen in Ottawa das folgende:

Der Gedanke einer imperialen Autarkie hat sich nicht durchgesetzt. Sie verbot sich einmal wegen der starken Verknüpfung Englands mit außerimperialen Ländern, vor allem auf dem Gebiete der Industriewarenausfuhr, zum anderen wegen starker Bindungen, die zwischen einzelnen Mitgliedern des Imperiums auf der einen Seite, und anderen Ländern auf der anderen Seite bestehen. Als Beispiel für den ersten Fall sei auf die Bedeutung hingewiesen, die der Export nach den skandinavischen Ländern, nach Sowjetrußland und nach Südamerika für die englische Fertigwarenindustrie hat; der zweite Fall wird verdeutlicht durch die Tatsache, daß in den letzten Jahren der Anteil Englands am Außenhandel zahlreicher Dominien und Protektorate ständig zurückgegangen ist zu Gunsten einer Handelsumlagerung, die auf die Bildung räumlich geschlossener Wirtschaftsgebiete hindeutet (Indiens Verankerung im fernöstlichen Wirtschaftsraum, Kanadas Zusammenarbeit mit der Wirtschaft der Vereinigten Staaten). Aus diesen Gründen beschränkte man sich darauf, eine gemäßigte Form verstärkter imperialer Zusammenarbeit anzustreben.

Das Ergebnis ist, daß die beteiligten Länder sich gegenseitig verbesserte Absatzbedingungen durch die Einführung mäßiger Vorzugszölle einräumen. In wenigen Fällen ist eine Kontingentierung der Einfuhr ins Auge gefaßt, vor allem dort, wo die Bewilligung von Vorzugszöllen solche Länder stark benachteiligt hätte, die nicht dem Verband des Imperiums angehörten, die aber für einzelne Mitglieder desselben bedeutende Kunden sind. Die Vorzugsbehandlung, die man sich gegenseitig gewährt, ist in allen Fällen nach dem gleichen Schema aufgebaut: England als wichtigster Markt für industrielle und agrarische Rohstoffe erleichtert den Dominien den Absatz auf dem heimischen Markt auf Kosten der übrigen Länder, während die Dominien die Einfuhr englischer Fertigwaren begünstigen. Für folgende wichtige Waren hat England den Dominien eine Zollbegünstigung entweder im Wege der Einführung eines Zolles für außerimperiale Erzeugnisse oder im Wege der Differenzierung bereits bestehender Zölle zugestanden:

Butter, Eier, Obst (Neuseeland), Gefrierfleisch (Australien), Baumwollwaren, Holz, Erze (Indien), Obst, Wein, Tabak (Südafrika), Kupfer, Weizen (Kanada). Die Dominien verpflichten sich demgegenüber zur Beibehaltung der augenblicklich zu Gunsten Englands oder anderer Dominien bestehenden Vorzugszölle, sowie zur Ermäßigung verschiedener Zollpositionen, unter denen die für Maschinen, Stahlwaren und Chemikalien die wichtigsten sind.

Der Vertrag zwischen England und Kanada sieht ferner vor, daß die beiden Regierungen gehalten sein sollen, gegebenenfalls Einfuhrverbote zu erlassen, wenn Preisrückgänge auf die Tätigkeit staatlicher Außenhandelsmonopole zurückzuführen sind. Damit ist lediglich Rußland gemeint, welches vor allem in Weizen und Holz der gefährlichste Konkurrent Kanadas auf dem englischen Markt ist. Diese Formel ist das Kompromiß aus den sehr radikalen Forderungen Kanadas nach rücksichtsloser Unterbindung der russischen Konkurrenz und den starken Exportinteressen, die die englische Fertigindustrie an Rußland knüpfen. Ob diese Formel wirksam werden wird, steht dahin; bis jetzt wird jedenfalls eine Kündigung des englisch-russischen Handelsvertrages weder erörtert noch geplant.

Indem England den Dominien günstigere Absatzmöglichkeiten verschafft, hofft es, die Kaufkraft der Rohstoffländer soweit zu steigern, daß diese zu einer Verzinsung der seit Jahren illiquide gewordenen Kapitalanlagen Englands befähigt werden, und darüber hinaus stärker als bisher englische Industrieerzeugnisse abnehmen können. Es läßt sich heute noch nicht übersehen, ob die Dinge sich so entwickeln werden; setzt sich die augenblicklich zu beobachtende Preissteigerung der Rohstoffe fort, so dürften die Zollbegünstigungen, die England zugestanden hat, auf die Gestaltung des Rohstoffhandels von erheblich geringerem Einfluß sein, als man in Ottawa noch glaubte annehmen zu dürfen.

Ganz zweifellos werden die Beschlüsse von Ottawa weittragende Folgen für den europäischen Außenhandel zeitigen. Denn die Absatzmöglichkeiten der nicht zum Imperium gehörigen Rohstoffländer werden eingeengt, so daß sie stärker als bisher auf den Absatz ihrer Erzeugnisse in der nichtbritischen Welt angewiesen sind. Dieser verstärkte Angebotsdruck, der sich auch in Polen und Deutschland geltend machen wird, kann dazu führen, daß, wenn schon nicht mit einem weiteren Sinken der Rohstoffpreise zu rechnen ist, die Bäume der Rohstoffhausse jedenfalls nicht in den Himmel wachsen. Für Deutschland ist Ottawa darum wichtig, weil ein stärkeres Ansteigen der Rohstoffpreise die deutsche Versorgungslage in verhängnisvoller Weise verschlechtern könnte. Aber auch für solche Länder, die zum überwiegenden Teil wie Polen agrarische oder industrielle Fertigprodukte liefern, gewinnt der deutsche Markt umso mehr an Interesse, je mehr ihnen der des Britischen Weltreiches verschlossen wird. Hier liegen neue Aussichten, die weder übersehen werden, noch übertriebenen Autarkietendenzen geopfert werden dürfen. Je stärker nämlich Deutschland die von der britischen Handelspolitik benachteiligten Länder zur Belieferung seines Marktes heranzieht, umso größer sind die Gegenleistungen, die es für seine Ausfuhr von diesen Ländern eintauschen kann. Aus den Beschlüssen von Ottawa kann sich eine Umorientierung im europäischen Handel innerhalb der Staaten ergeben, die autarkischen Tendenzen werden wahrscheinlich nicht mehr so stark verfochten werden können. Ottawa hätte in einem solchen Falle indirekt dem zwischenstaatlichen Handel Europas neue Wege gewiesen.

Der Diskont von Sowjetwechseln in Polen.

Wie die „Polonia" mitteilt, haben vor kurzem Vertreter der ostoberschlesischen Industrie bei der Auszahlung der fälligen Arbeitslöhne und Angestelltengehälter den Geldmangel damit begründet, daß es ihnen nicht gelinge, die sowjetrussischen Wechsel zu diskontieren, die sie als Bezahlung für ausgeführte Bestellungen erhalten hätten.

Demgegenüber stellt die „Polonia" fest, daß die Polnische Regierung die 100prozentige Garantie für diese Wechsel übernommen habe, und daß sie im Zusammenhang mit dieser Garantie sogar einen Regierungskommissar für die Unternehmungen der Interessen-Gemeinschaft, die die Sowjetaufträge auszuführen haben, eingesetzt hatte.

Über die Schwierigkeiten der Diskontierung der Sowjetwechsel bestehen in Ostoberschlesien zwei Versionen. Nach der einen soll die Bank Polski mit Rücksicht auf ihre Lage die Diskontierung abgelehnt haben und das polnische Finanzministerium, das die Diskontierung dieser Wechsel empfohlen hatte, soll von der Leitung der Bank Polski den Bescheid erhalten haben, daß die Bank vom Finanzministerium nicht abhängig sei und die Russenwechsel auch nicht zu diskontieren beabsichtige.

Nach der zweiten Version soll der von der Polnischen Regierung eingesetzte Kommissar bei der Interessengemeinschaft (Vereinigte Königs- und Laurahütte, Bismarckhütte und Kattowitzer A.-G.) nach Prüfung der Geschäftslage des Konzerns festgestellt haben, daß die aus dem Diskont dieser Wechsel erzielten Summen ins Ausland gelangten, statt zur Bezahlung der Arbeiter und Angestellten verwendet zu werden. Nach dieser Feststellung soll der Regierungskommissar die weitere Diskontierung der Sowjetwechsel abgelehnt haben.

Daneben wird auch behauptet, daß die Interessengemeinschaft versucht habe, die Wechsel in Paris zu wucherischen Bedingungen zu Gelde zu machen, was jedoch größtenteils mißlungen sei.

DPW.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 15. September auf 5,9244 Złoty estgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 7½%, der Lombardsatz 8½%.

Der Złoty am 14. September. Danzig: Ueberweisung 57,60 bis 57,72, bar 57,62—57,74, Berlin: Ueberweisung, große Scheine 46,90—47,30, Wien: Ueberweisung 79,31—79,79, Prag: Ueberweisung 377,60—379,60, Zürich: Ueberweisung 58,05, London: Ueberweisung 31,06.

Warschauer Börse vom 14. Septbr. Umsätze, Verkauf — Kauf. Belgien 123,75, 124,06 — 123,44, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig 173,50, 173,93 — 173,07, Helsingfors —, Spanien —, Holland 358,60, 359,50 — 357,70, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London *), 31,22 — 30,92, Newyork 8,92, 8,94 — 8,90, Oslo —, Paris 34,96, 35,05 — 34,87, Prag —, Riga —, Sofia —, Stockholm —, Schweiz 172,30, 172,73 — 171,87, Tallin —, Wien —, Italien 45,78, 46,00 — 45,56.

*) London Umsätze 31,06—31,07.

Freihandelskurs der Reichsmark 212,00.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskontsätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 14. September Geld	Brief	In Reichsmark 13. September Geld	Brief
2,5 %	1 Amerika	4.209	4.217	4.209	4.217
2 %	1 England	14.66	14.70	14.65	14.69
2,5 %	100 Holland	169.28	169.62	169.23	169.57
9 %	1 Argentinien	0.913	0.917	0.913	0.917
4 %	100 Norwegen	73.68	73.82	73.63	73.77
4 %	100 Dänemark	75.97	76.13	7.592	76.08
6.5 %	100 Island	66.03	66.17	66.03	66.17
3.5 %	100 Schweden	75.12	75.28	75.12	75.28
3.5 %	100 Belgien	58.31	58.43	58.31	58.43
5 %	100 Italien	21.62	21.66	21.61	21.65
2.2 %	100 Frankreich	16.49	16.53	16.49	16.53
2 %	100 Schweiz	81.23	81.39	81.18	81.34
6.5 %	100 Spanien	33.87	33.93	33.87	33.93
—	1 Brasilien	0.314	0.316	0.316	0.318
5.84 %	1 Japan	0.989	0.991	0.989	0.991
—	1 Kanada	3.806	3.814	3.816	3.824
—	1 Uruguay	1.738	1.742	1.738	1.742
5 %	100 Tschechoslowak.	12.485	12.465	12.465	12.485
6.5 %	100 Finnland	6.304	6.316	6.304	6.316
5.5 %	100 Estland	110.59	110.81	110.59	110.81
6 %	100 Lettland	79.72	79.88	79.72	79.88
6.5 %	100 Portugal	13.36	13.38	13.34	13.36
9.5 %	100 Bulgarien	3.057	3.063	3.057	3.063
7.5 %	100 Jugoslawien	6.493	6.507	6.493	6.507
6 %	100 Oesterreich	51.95	52.05	51.95	52.05
8 %	100 Ungarn	—.—	—.—	—.—	—.—
4 %	100 Danzig	81.97	82.13	81.97	82.13
9 %	1 Türkei	2.008	2.012	2.008	2.012
11 %	100 Griechenland	2.697	2.703	2.697	2.703
—	1 Kairo	15.04	15.08	15.03	15.07
7 %	100 Rumänien	2.518	2.524	2.518	2.524
-	Warschau	46.90	47.30	46.90	47.30

Züricher Börse vom 14. September. (Amtlich.) Warschau 58,05, Paris 20,29¾, London 18,04½, Newyork 5,18, Brüssel 71,80, Italien 26,58, Spanien 41,70, Amsterdam 208,10, Berlin 123,25, Stockholm 92,50, Oslo 90,90, Kopenhagen 93,60, Sofia 3,73, Prag 15,32, Belgrad 8,10, Athen 3,20, Konstantinopel 2,48, Bukarest 3,07, Helsingfors 7,75, Buenos Aires 1,10, Japan 1,21.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,89 Zł., do. kl. Scheine 8,87 Zł., 1 Pfd. Sterling 30,88 Zł., 100 Schweizer Franken 171,62 Zł., 100 franz. Franken 34,82 Zł., 100 deutsche Mark 209,50 Zł., 100 Danziger Gulden 172,82 Zł., tschech. Krone —,— Zł., österr. Schilling —,— Zł.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 14. September. Es notierten: 5proz. Staatliche Konvert.-Anleihe (100 Złoty) 38—38,25 G., 8proz. Obligationen der Stadt Posen 1926 (100 G.-Złoty) 92 +, 8proz. Dollarbriefe der Posener Landschaft (1 Dollar) 58,75 G., 8proz. Gold-Amortisations-Dollarbriefe der Posener Landschaft (1 Dollar) 52 G., 4proz. Konvert.-Pfandbriefe der Posener Landschaft (100 Złoty) 29 +, 4proz. Prämien-Dollaranleihe Serie 3 (5 Dollar) 48 G., 6proz. Roggenbriefe der Posener Landschaft (1 Dz.) 12,75 G., 3proz. Bauanleihe Serie 1 (50 Złoty) 37 G. Tendenz belebt. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.

Warschau, 14. September. Getreide, Mehl und Futtermittel-Abschlüsse auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Kg. Parität Waggon Warschau: Roggen 16.50—16,75, Einheitsweizen 28,50 bis 29,00, Sammelweizen 28,00—28,50, Einheitshafer 16,50 bis 17,00, Sammelhafer 15,25—15,75, Grützgerste 16.00—16,50, Braugerste 18.00—19.00, Speisefelderbsen 27,00—30,00, Viktoriaerbsen 28.00—31,00, Winterraps 40.00—42,00, Rotklee ohne dicke Flachsseide —.—, Rotklee ohne Flachsseide bis 97% gereinigt —.—, roher Weißklee 120,00—160.00, roher Weißklee bis 97% gereinigt 160,00—200,00, Luxus-Weizenmehl 48,00—53,00, Weizenmehl 4/0 43,00—48,00, Roggenmehl I 31,00—33,00, Roggenmehl II 24,00—27,00, Roggenmehl III 23,00—25,00, grobe Weizenkleie 11,00—12,00, mittlere 11,00—12,00, Roggenkleie 8,75—9,25, Leinkuchen 19,00—20,00, Rapskuchen 15,50—16,00, Sonnenblumenkuchen 17,00—17,50, doppelt gereinigte Seradella —,—, blaue Lupinen —,—, gelbe —,—, Peluschken —,—, Wicke —,—.

Umsätze 820½ to, davon 315 to Roggen. Tendenz: ruhig.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 14. September. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Złoty:

Transaktionspreise:

Roggen, neu, gesund, trocken, 70 to . . . 16.30
30 to . . . 16.20

Richtpreise:

Weizen, neu	25.50—26.50	Sommerwicke	—.—
Roggen, neu	15.80—16.10	Blaue Lupinen	—.—
Mahlgerste 64—66 kg	16.00—16.50	Gelbe Lupinen	—.—
Mahlgerste 68 kg	16.50—17.50	Raps	34.00—35.00
Braugerste	19.50—20.50	Fabrikkartoffeln pro Kilo %	—.—
Hafer, neu	12.50—13.00	Senf	32.00—38.00
Roggenmehl (65%)	25.00—26.00	Blauer Mohn	62.50—70.00
Weizenmehl (65%)	40.00—42.00	Roggenstroh, lose	3.25—3.50
Weizenkleie	9.00—10.00	Roggenstroh, gepr.	3.75—4.00
Weizenkleie (grob)	10.00—11.00	Heu, lose	5.00—5.25
Roggenkleie	8.75—9.00	Heu, gepreßt	5.50—6.00
Winterrübsen	34.00—35.00	Netzeheu, lose	5.25—6.00
Peluschken	—.—	Netzeheu, gepr.	6.25—6.75
Felderbsen	—.—	Sonnenblumenkuchen 46—48%	—.—
Viktoriaerbsen	20.00—24.00		
Folgererbsen	28.00—30.00		

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 895 to, Weizen 165 to, Gerste 15 to, Hafer 10 to, Roggenkleie 15 to, Weizenkleie 30 to.

Nach dem Urteil der Börse war die Tendenz für Roggen, Weizen, Mahlgerste, Braugerste, Hafer, Roggen- und Weizenmehl ruhig.

Danziger Getreidebörse vom 14. September. (Nichtamtlich.) Weizen, 128 Pfd. 16,00—16,50, Roggen 10,30—10,40, Braugerste 11,50—12,50, Futtergerste 10,50—11,00, Hafer 9,00—9,25, Viktoriaerbsen 13,00—15,25, grüne Erbsen 17,00—22,00, Roggenkleie 6,50, Weizenkleie 7,25, Blaumohn 40,00—46,00 G. per 100 kg frei Danzig.

Die Preise haben leicht nachgegeben. Die Umsätze sind klein. Futtermittel nach wie vor gefragt.

September-Lieferung.

Weizenmehl, alt 24,50 G., 60% Roggenmehl 24,00 G. per 100 kg.

Berliner Produktenbericht vom 14. September. Getreide und Oelsaaten für 1000 Kg. ab Station in Goldmark: Weizen, märk., 77—76 Kg. 206,00—208,00, Roggen märk., 72—73 Kg. 160,00 bis 162,00, Braugerste 174,00—184,00, Futter- und Industriegerste 167,00—173,00, Hafer, märk. 136,00—141,00, Mais —,—.

Für 100 Kg.: Weizenmehl 25,00—30,00, Roggenmehl 21,75—24,00, Weizenkleie 10,00—10,40, Roggenkleie 8,50—8,90, Raps —,—, Viktoriaerbsen 21,00—24,00, Kleine Speiseerbsen ——, Futtererbsen 14,00 bis 17,00, Peluschken —,—, Ackerbohnen —,—, Wicken 17,00—20,00, Lupinen, blaue —,—, Lupinen, gelbe —,—, Serradella —,—, Leinkuchen 10,60—10,70, Trockenschnitzel 9,20—9,50, Soya-Extraktionsschrot 11,20, Kartoffelflocken —,—.